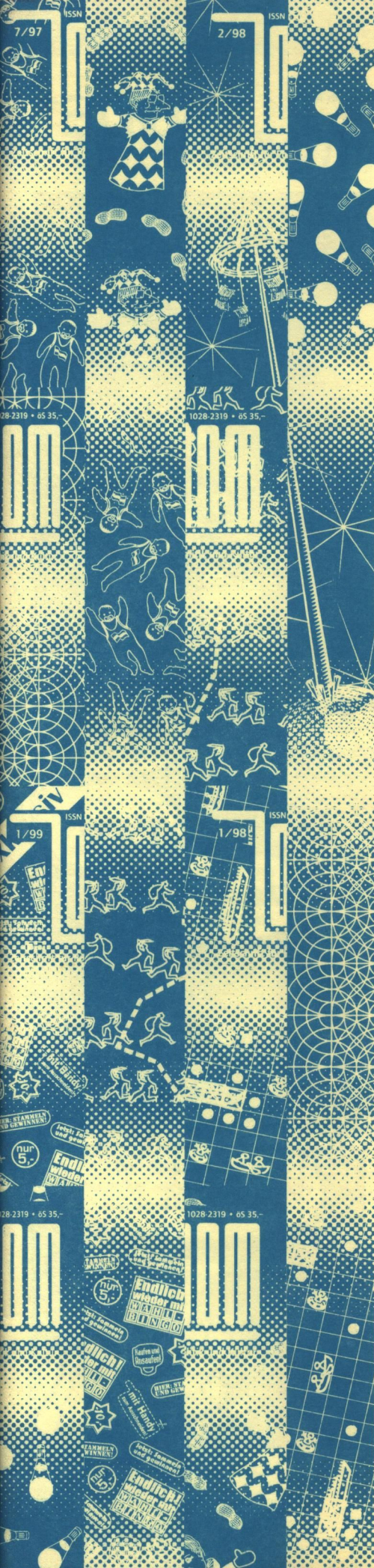




Context XXI

ISSN 1028-2319 • 35,- ATS

Nummer 1-2/1999

diE nOt 2

IN EIGENER SACHE

Von ZOOM zu Context XXI, nebst Impressum 3

NATO-NACHKRIEG

Wann wer verfolgt wird, bestimmen wir 5

Die Republik, der Krieg und die Flüchtlinge – VON BIRGIT EINZENBERGER

Censorship from the sky 7

Unabhängige Medien in Jugoslawien, VON MARION KREMLA

NOTO KOSOWAR 9

Bemerkungen zu einigen Kriegsbildern VON CHRISTIAN HELBOCK

Kollateralschaden 10

Zu den Bildern der Belgrad Proteste 1996, VON MARKUS KEMMERLING

BELGRAD VOR DEM KRIEG

Der verdammte Baumeister 12

Bogdan Bogdanovic GELESEN VON ALEXANDER SCHÜRMANN-EMANUELY

FRAUEN IM KRIEG

Mütter der Revolution 14

Aspekte der Geschlechterverhältnisse, GELESEN VON BRITA NEUHOLD

EU-VORKRIEG

Militärbündnis EU 15

Schnelles Einlenken der Bündnisfreien, VON GERHARD KLAS

SCHWEDEN NEUTRAL

Erfahrungen der Geschichte 18

Keine Festrede zur schwedischen Neutralität VON JAN MYRDAL

RASSISMUS GLOBAL

Menschenrechte und Rassismus in der Globalisierung 23

Zur Konstruktion der „Illegalität“, VON BUKASA DI TUTU

RASSISMUS LOKAL

Die Bande als Spätform des Staats 28

Einige Thesen am Beispiel Jörg Haiders VON GERHARD SCHEIT

EIN GENERAL

Garzón zwischen Pinochet und Kissinger 33

Anmerkungen VON MANUEL VAZQUEZ MONTALBÁN

EMANZIPATION NATIONAL

Durchs historische Kurdistan II. 34

Vom Beginn des 20. Jh. bis heute, VON KAYOUMARS SHAHSAVARY

BESSER KEIN GENERAL

Kreativität gegen Militärs 38

Interview VON JÜRGEN SCHMIDT UND PAUL FRIEDRICH

NEUTRALITAS SEMPER ET UBIQUE*

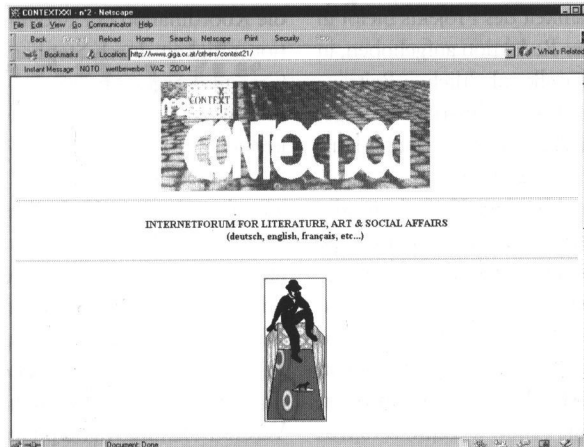


Liebe Leserin, lieber Leser!

Wir hoffen, Sie haben in dem vorliegenden Heft die Zeitschrift erkannt, die vormals den Titel *ZOOM* trug. Mehrere Umstände haben uns zur Änderung des Titels veranlaßt:

Erstens reden wir schon seit zwei Jahren darüber, daß der Titel *ZOOM* (ein Kompromißprodukt früheren Brainstormings) zum Charakter einer gesellschaftskritischen, vornehmlich gewalt- und herrschaftskritischen Zeitschrift nicht so gut paßt wie zu einer Filmzeitschrift (die es in der Schweiz tatsächlich gibt und mit der wir bisher häufig verwechselt wurden).

Zweitens erhielten wir vor einigen Wochen ein Anwaltsschreiben des Kindermuseums *Zoom* im Museumsquartier, mit dem uns dieses fragen ließ, wodurch wir uns zur Verletzung seines Markenschutzes berechtigt glauben. Das hätte man zwar auch ohne anwaltliche Bemühung regeln können,



auch trugen wir den Titel schon ein Jahr früher als das Kindermuseum, aber für *be-rechtigt* halten wir uns tatsächlich nicht.

Drittens fügt es sich aber glücklich, daß wir vor einigen Wochen auch einen positiven Grund zur Änderung und damit auch gleich einen schönen und geeigneten Titel gefunden haben: Alexander Schürmann-Emanuel ist seit mehreren Jahren „Hereingeber“ eines sehr interessanten Internet-Mediums, dessen Themen und Gestaltungs-

vorstellungen unseren sehr nahe sind: In den beiden Nummern von *Context XXI*, die seit 1995 ins Netz hineingewachsen sind, findet man Essays von Bogdan Bogdanovic, Geschichten von Herbert Kuhner, Rückgriffe auf vergessene Literaten wie Hugo Bettauer, Interessantes über Polizeigewalt in Österreich, Veranstaltungs- und Verlagsprogramme genauso wie Werke von solchen, die einfach veröffentlichen wollten. Wir sprachen über unsere jeweiligen Situationen und Vorha-

ben und kamen dann rasch überein, unsere Bemühungen zusammenzulegen und ein gemeinsames, integriertes Medienprojekt zu stricken, das eine Filiale in der materiellen Welt bedruckten Papiers und eine Filiale in der virtuellen Welt digitaler Signale haben soll. Das Ziel von *Context XXI* im Internet war bisher, in einer Atmosphäre von Idealismus, Aufklärung und Wahn ein Forum für all jene, die vieles nicht akzeptieren können, zu schaffen – ein Ziel, welches sicher dank der Fusion weiterhin realisierbar bleiben und ausgebaut werden kann. Eine weitere Filiale im Zwischenreich per Funk übertragenen Tons ist in Vorbereitung: das heißt, wir sind gerade dabei, uns für die Produktion von Radiosendungen „fit“ zu machen, wie man heute so sagt. Erster und wesentlicher Grundgedanke unseres Vorhabens ist, daß es nicht Aufgabe des einen Mediums sein soll, das andere bloß zu spiegeln oder zu archivieren. Unsere gemeinsame Aufgabe wird vielmehr darin bestehen, der jeweiligen Erscheinungsform angemessene Inhalte zu-

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16
E-mail: contextXXI@mediaweb.at
Web: <http://contextXXI.mediaweb.at>

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung **Redaktion:** diE nOt, Manfred Gmeiner, Stephan Grigat (koordinierender Redakteur), Elfriede Hufnagl, Markus Kemmerling, Markus Pinter, Alexander Schürmann-Emanuel (Hereingeber der Internet-Ausgabe) und Robert Zöchling (geschäftsführender Redakteur) **AutorInnen dieser Ausgabe:** Jan Donner, Birgit Einzenberger, Paul Friedrich, Gerhard Klas, Marion Kremla, Manuel Vázquez Montalbán, Jan Myrdal,

Gerhard Scheit, Jürgen Schmidt, Kayoumars Shahsavary, Bukasa Di Tutu **Titelgraphik:** diE nOt **Layout:** Kemmerling Zöchling & Partner Medien- und Informationsdienste KEG, Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien, Telefon 533 14 27, Telefax 532 74 16 **Hersteller:** Resch & Vana, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4 **Abo:** 250,- ATS/Jahr; Förderabo: 700,- ATS/Jahr; Ausland: 350,- ATS/Jahr, Übersee: 450,- ATS/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten **MitgliedschaftARGE WDV:** 500,- ATS/Jahr; ermäßigt: 350,- ATS (inkl. Abo *Context XXI*) **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ 11.000) *Context XXI* ist Mitglied der *VAZ* – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften. **Offenlegung:** Eigentümer zu 100%: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information (= Unternehmensgegenstand), Adresse wie oben angegeben, **Leitungsorgan** ist die Redaktion. **Grundlegende Richtung:** Kritik mit dem Themenschwerpunkt Gewalt- und Herrschaftskritik.

sammenzustellen und Gestaltungsweisen zu finden. Eine relative Eigenständigkeit der verschiedenen „Filialen“ ist also vorgesehen. Die Gemeinsamkeit des Projekts bleibt in der Redaktion aufgehoben, in der alle inhaltlichen Beiträge und Wünschbarkeiten vorgeschlagen, beigebracht und diskutiert werden.

Mit dem Vorhaben, alle zur Verfügung stehenden Medienkanäle zu nutzen, verbindet sich nicht das Vorhaben, die Zeitschrift thematisch umzukrempeln: **Context XXI** soll weiterhin einlösen, was schon **ZOOM** versprochen hatte. Zugewinne an Beiträgen, AutorInnen, Redaktionsmitgliedern und einen Wiedergewinn thematischer Vielfalt, die **ZOOM** vor allem im literarischen und künstlerischen Bereich schon erzielt hatte, versprechen wir uns von der Verbreiterung

des Projekts allerdings schon. Einen weiteren, sehr erfreulichen Zugewinn dürfen wir bereits bekanntgeben: Ab der kommenden Ausgabe wird die Koordination der Redaktionstätigkeit durch Stephan Grigat besorgt – unseren LeserInnen bereits durch die kritische Erörterung der Frage „Solidarität mit Öcalan?“ aus dem letzten Heft der **ZOOM** bekannt. Kritik ist nach abgeschlossenem Studium der Politikwissenschaft seine Hauptbeschäftigung, ausgeübt im *Kritischen Kreis* und in zahlreichen eigenen Veröffentlichungen. Stephan Grigat übersiedelte vor sechs Jahren aus persönlichen Gründen von Berlin nach Wien, was nebenbei auch der Vermeidung des Wehrdienstes dienlich war. In diesem Sommer kann er erstmals wieder gefahrlos nach Berlin reisen und nutzt diese wiedergewonnene Reisefreiheit zu einem zweimonatigen Aufenthalt. Wir freuen uns auf seine Rückkehr im September.

Noch etwas wollen und müssen wir uns versprechen: einen Zugewinn an RezipientInnen, für das vorliegende Produkt bedeutet das einen Zugewinn an AbonnentInnen. Wie ja bereits sattem bekannt, wurden wir durch die Bemühungen des Abgeordneten Khol in den letzten Jahren um die Publizistikförderung gebracht. Durch die Bemühungen des freien Marktes und dessen, was man so neoliberale Politik nennt, wird auch sonst die Finanzierung eines solchen Projektes schwieriger. Neben einem Höchstmaß aufzubringender taktischer Geschicklichkeit erfordert die wachsende Enge auch ein Mindestmaß an strategischer Perspektive: Es gibt heute im alternativen Bereich keine

Zeitschrift mehr, die nicht auf eine spezialisierte Klientel orientiert wäre und so etwas wie Allgemeinverbindlichkeit beanspruchen könnte. Daran sind zwei Aspekte hervorzuheben und daraus die Schlüsse zu ziehen:

Erstens ist die Möglichkeit der *Schaffung* einer alternativen Zeitschrift allgemeinen und allgemeinverbindlichen Charakters *ex nihilo* nicht absehbar. Daher bleibt es allen mehr oder weniger spezialisierten Blättern dieses Bereiches aufgegeben, *sich* nach ihren Möglichkeiten zu *verallgemeinern*, das heißt, sich an die Grenzen ihrer inhaltlichen und öffentlichen Reichweite heranzutasten.

Zweitens kann ein gutes Stück an Verallgemeinerungsleistung heute durch die sogenannten neuen Medien erzielt werden, also durch Internet-Medien und – hierzu lande auch ein neues Medium – durch freie Radiosender. Weit davon entfernt, gedruckte Medien ersetzen zu können, erreichen sie doch ein anderes Publikum als jene. Kontrastierend zur Diffusions-Diversifikation fehlt in diesen Medien aber weitenteils eine gewisse Inhaltskonzentration, die am gedruckten Wort Geschulte und Hängende bei allen sonstigen Unzulänglichkeiten doch beisteuern können.

Diese Überlegungen mögen nicht besonders originell sein. Der Versuch, daraus ein praktisches Konzept zu stricken und ein integriertes – hoffentlich auch integrierendes – Projekt in Angriff zu nehmen, ist es schon eher. Wir hoffen, daß uns die Geschichte nicht strafen wird, weil wir zu spät kamen, und uns unsere lieben Lesenden nicht strafen werden, weil wir zu früh kamen.

Bateau *Livrez*

Französische Buchhandlung im Studio Molière

Montag bis Freitag: 8.15 h – 18.00 h
Samstag: 9.30 h – 13.00 h

Liechtensteinstraße 37, 1090 Wien
Tel. 317 80 94 Fax 310 44 67

Die Republik, der Krieg und die Flüchtlinge

Wann wer verfolgt wird, bestimmen wir

Vertriebung und Flucht der AlbanerInnen aus dem Kosovo haben nicht erst mit den NATO-Bombardements auf Jugoslawien begonnen: Schon seit Beginn der achtziger Jahre berichten nach Österreich geflohene Kosovo-AlbanerInnen von Verhören, Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Mißhandlungen, der Zerschlagung des alternativen Schulsystems und anderen weitverbreiteten Menschenrechtsverletzungen.

Seit 1995 kamen jährlich über tausend Flüchtlinge aus der Bundesrepublik Jugoslawien nach Österreich. 1998 waren es 6.647, der Großteil von ihnen ethnische Albaner aus dem Kosovo.

Geringe Anerkennung

Massaker wie etwa das von Orahovac, bei dem mindestens 120 AlbanerInnen getötet wurden, und die systematische Vertreibung von BewohnerInnen ganzer Dörfer, die im Anschluß geplündert und niedergebrannt wurden, gab es schon 1998. Sie waren der internationalen Gemeinschaft auch bekannt. Dennoch wurden von den 6.647 in diesem Jahr aus Jugoslawien nach Österreich Geflohenen nur 120 als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention anerkannt. Knapp 2.000 Verfahren endeten negativ. Die restlichen Verfahren sind noch offen oder wurden, zum Beispiel weil die Adresse des Asylwerbers

nicht bekannt ist, eingestellt.

Arben, dem die Flucht nach Österreich gelungen war, nachdem er mehrere Tage lang in Mitrovica inhaftiert und gefoltert worden war, da die serbischen Behörden ihn der Mitgliedschaft bei der UCK verdächtigten, mußte dem Bescheid des Bundesasylamtes entnehmen: Die Übergriffe erfolgten zwar zur Errichtung eines Großserbiens, dennoch gebe es keine ethnische Verfolgung der Kosovo-AlbanerInnen (Mai 1998). Das Holbrooke-Milosevic-Abkommen habe zudem bereits zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation im Kosovo geführt.

Mirjeta, die es mit ihren Kindern zu ihrem Gatten in Wien geschafft hat, nachdem ihr Haus niedergebrannt worden war, hielt das Bundesasylamt vor: Die Zerstörung von Häusern sei bloß auf die bürgerkriegsähnliche Situation zurückzuführen – auch wenn dadurch Druck auf die ansässige Bevölkerung wegen ihrer Zugehörigkeit zur albanischen Volksgruppe ausgeübt werde. Sie sei kein Mittel der Verfolgung aus ethnischen Gründen (8. März 1999).

Gruppenverfolgung der ethnischen Albaner aus dem Kosovo

Es bedurfte der Bombardements durch die NATO, die österreichischen Asylämter zu einem Umdenken zu veranlassen: Sie entschieden

nunmehr, daß alle Kosovo-AlbanerInnen per se Flüchtlinge sind, weil sie wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit begründete Furcht vor Verfolgung haben.

Die Asylämter verlangten keine Glaubhaftmachung von bereits selbst erlebten Verfolgungshandlungen mehr, sondern begnügten sich mit der Feststellung, daß der/die AsylwerberIn wirklich Kosovo-AlbanerIn ist, darum eine begründete Furcht vor Verfolgung in seinem/ihrer Herkunftsstaat hat und gewährten Asyl.

Wegen der Überforderung der Asylämter sind allerdings viele im März und April eingebrachte Asylanträge bis jetzt noch gar nicht bearbeitet worden.

Gleichzeitig wurde eine Verordnung für Vertriebene beschlossen: Vor dem 30. April 1999 nach Österreich geflohene Kosovo-AlbanerInnen bekommen auf Antrag ein vorläufiges Aufenthaltsrecht bis Ende des Jahres. Ebenso die evakuierten Kosovo-AlbanerInnen und diejenigen, die Verwandte in Österreich haben, die für ihren Unterhalt aufkommen, wenn ihnen die Sicherheitsdirektion die Einreise gestattet hat.

Viele Kosovo-AlbanerInnen beharrten auf ihren Rechten aus der Genfer Konvention und beantragten Asyl, weil sie in ihrem Herkunftsland verfolgt werden: Als anerkannter Flüchtling ist man/

Kein anderes Land versteht es wie Österreich, sich als blühender Garten des Humanismus darzustellen und ihn gleichzeitig bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit der größten Selbstverständlichkeit und der harmlosesten Miene zu mißachten und zu untergraben. Daß in diesem Land der NATO-Krieg gegen das Völkerrecht und vorgeblich für das Menschenrecht den tatsächlichen Vollzug der Menschenrechte zeitweilig begünstigt hat, ist zwar fragwürdig, wäre aber dennoch zu begrüßen, wenn es dabei bliebe. Ein Schadensbericht

VON BIRGIT EINZENBERGER*

*) Birgit Einzenberger ist Mitarbeiterin der Deserteurs- und Flüchtlingsberatung in Wien.



NOTO KOSOWAR 3.24

frau ÖsterreicherInnen weitgehend gleichgestellt vor allem beim Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Sozialleistungen.

Aus dem Österreich-Lager ins Lager Österreich?

5.000 Flüchtlinge wurden nach Österreich evakuiert, alle aus Mazedonien. Die Flüchtlinge mit Verwandten in Österreich, die für ihren Lebensunterhalt aufkommen wollten, konnten nicht legal einreisen. Trotz der explizit auch für sie geschaffenen Verordnung. Die Behörden – so schien es – wollten die in bezug auf ihre Durchführung sehr kryptische Bestimmung schlicht und einfach nicht umsetzen. Viele schon seit langem in Österreich ansässige Kosovo-AlbanerInnen versuchten den Kampf gegen die Windmühlen – erfolglos.

Was blieb, war illegaler Grenzübergang. Eine Regierungspolitik, die wohl wieder Haider in die Hände spielt: „Plus 142 Prozent! Zahl der Illegalen explodiert“ (*Täglich Alles* vom 22. 6. 1999).

Kein Schutz für Serben ...

Die serbische Bevölkerung Jugoslawiens wurde vergessen: Die Verordnung für Vertriebene gilt nur für Kosovo-AlbanerInnen, obwohl auch viele SerbInnen vom Krieg vertrieben wurden. Die Chancen für SerbInnen, Asyl zu be-

kommen sind sehr gering. Nach Ablauf des Touristenvissums, mit dem viele von ihnen eingereist sind, konnten sie keinen legalen Aufenthaltsstatus in Österreich bekommen. Viele SerbInnen müssen in Schubhaft darauf warten, abgeschoben zu werden.

... nicht einmal für Deserteure

Auch für serbische Deserteure sieht es nicht besser aus: Zu fünf bis zwanzig Jahren Haft ist zu verurteilen, wer das Land verlassen hat (oder im Ausland bleibt), um sich der Rekrutierung zu entziehen, so das jugoslawische Strafgesetzbuch. Obwohl nicht von der Hand zu weisen ist, daß jemand, der aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigert und deshalb bestraft wird, seiner politischen Ansichten wegen verfolgt wird, ist Wehrdienstverweigerung nicht als Asylgrund anerkannt.

Das Europäische Parlament hat in einer Entschließung vom 6. Mai 1999 die Mitgliedsstaaten explizit dazu aufgefordert, „Deserteuren der jugoslawischen Armee und Kriegsdienstverweigerern eine zeitweilige Aufenthaltsgenehmigung für die Europäische Union zu erteilen“ – Österreich reagierte nicht.

Mirko geht es sehr schlecht. Er ist vor einem Monat nach Österreich geflohen – aus dem Kosovo. Dort mußte er seinen Wehrdienst ableisten. Vieles hat er dort gesehen. Irgendwann sagte er sich, daß er nicht mehr zuschauen und schon gar nicht mitmachen kann. Sprechen darüber kann er nicht: Mirko kann nicht einmal schlafen, Alpträume verfolgen ihn. Er kann nicht mehr zurück und stellt einen Asylantrag – es ist ungewiß, ob er in Österreich Zuflucht findet.

Der „Friede“

Sofort nach Zustimmung Milosevics zum Friedensplan der G 8 hat Innenminister Schlögl von finanziellen Anreizen für Heimkehrer gesprochen. Asylaberkennungsverfahren stehen im Raum. Viele Asylämter behandeln die Asylanträge von Kosovo-AlbanerInnen vorerst nicht, wohl um diese in wenigen Wochen abzulehnen: Die Situation im Kosovo habe sich soweit gebessert, daß keine Verfolgung mehr drohe. Diejenigen, die den Prognosen der Asylämter nicht trauen, werden wohl wieder einmal illegalisiert.

Die Situation der serbischen Deserteure bleibt unverändert schlecht: Mittlerweile wird von ersten Verurteilungen wegen Wehrdienstentziehung berichtet. Vorläufiger Schutz im Aufenthaltsstaat oder Amnestie in Jugoslawien scheinen kein Thema für die internationale Staatengemeinschaft zu sein.

Humanitäres Spektakel statt humanistischer Aktion

Der Umgang der internationalen Gemeinschaft mit der Verfolgung der Kosovo-AlbanerInnen bestätigt wieder einmal die avantgardistische Position Österreichs in der europäischen Asylpolitik: Dank der dichten EU-Außengrenzen läge es in der Macht der europäischen Staaten, eine groß angelegte und langfristige Aufnahme der Flüchtlinge zu ermöglichen. Oder dafür zu sorgen, daß die Flüchtlinge Nachbarn in Not bleiben und nur ein vernachlässigbar kleiner Prozentsatz zur Bedienung des Medienspektakels evakuiert wird.

Censorship from the sky

Diskussion zur Situation der unabhängigen Medien in Jugoslawien



B92 ist entgegen dem in vielen Ländern entstandenen Eindruck mehr als eine kleine, oppositionelle Sendestation. Dies präziserte Branislav Zivkovic von B92 bereits in seinem Eingangsstatement. Erstens ist bzw. war B92 bis zu seiner Schließung am 2. April nicht unbedingt klein, sondern hatte eine beachtliche Reichweite. Zweitens ist B92 im Internet sehr aktiv und fungiert drittens auch als Herausgeber von Büchern und Zeitschriften. Und viertens ist B92 nicht das unabhängige Medium schlechthin, sondern Teil eines umfangreichen Netzwerks.

Und jetzt? Nach der Schließung des Senders, nach den Zerstörungen und den zeitgleich mit dem Beginn des Kosovo-Krieges verschärften Mediengesetzen? Die Gruppen des Netzwerks sind soweit wie möglich aktiv, z.B. über Internet. Die Situation ist schwierig, aber die Rolle der bestehenden oppositionellen Medien kann auf keinen Fall durch *Radio free Europe* oder andere wie

auch immer gut gemeinte Projekte ersetzt werden.

Christine von Kohl ging daran anschließend auf die Problematik ein, daß nicht nur in Österreich, sondern in den westlichen Medien generell nur marginal über das tatsächlich vorhandene Spektrum oppositioneller Gruppen berichtet wird. Ihre Vermutung betrifft die Form des Widerstands, der – kommt er nicht als politische Partei einher – im westlichen Europa nicht als solcher erkannt wird. Weiters sieht Christine von Kohl den aus dem Kommunismus tradierten Trend, einer patriarchalen Vaterfigur bedingungslos zu folgen, als weiteres Erschwernis für das Entstehen organisierter Opposition, die über verschiedene „intellektuelle“ Kreise hinausgeht.

Ebenfalls eine Art Bestandsaufnahme fügte U. Lindenbergh von *Index on Censorship* hinzu. Sie betonte die Rolle der neuen Technologien, die es den JournalistInnen ermöglicht hatten, Netzwerke sowohl untereinander als auch nach außen zu knüp-

fen – und dies ohne westliche Hilfe. Zivkovic ergänzt später, wie es durch den Umweg über Telefonleitung und Satelliten möglich war, auch weiterhin zu senden. Diese Methode machten sich nach dem Angriff auf das Belgrader Funkhaus auch die staatlichen Sender zu eigen, weshalb von der NATO schließlich auch Satellitenanlagen bombardiert wurden. Womit das Feld für die Debatte der möglichen Formen des Widerstands und damit der Rolle der Medien eröffnet war.

Um es vorwegzunehmen: Die Diskussion entfernte sich rasch vom Anlaßfall Jugoslawien hin zu generellen medienethischen Fragen. Und sie kehrte wieder zum Anlaßfall zurück, schnell und emotional aufgeladen, wenn in welcher Form auch immer ein Abwägen von Schuld und Leid in diesem Krieg begonnen wurde.

Zunächst ging es um die berichteten Wahrheiten. Für Peter Vujica vom *Standard* ist „das jeweilige Datum das einzige, was in allen Zeitungen stimmt.“ Der Rest sei mit Mißtrauen zu genießen. Neben den berichteten existieren die verschwiegenen Wahrheiten. Zum Beispiel, daß am fünften Juni in Washington 12.000 Menschen gegen die NATO-Bombardements demonstrierten – nicht eine einzige amerikanische Zeitung berichtete darüber. Zum Beispiel die Fußnote, die NATO-Vertreter einigen JournalistInnen in Rambouillet sinngemäß mitteilten,

Am 10. Juni fand – während in der *Zeit im Bild* das Ende des Kosovo-Krieges verkündet wurde – eine Podiumsdiskussion zum Thema „war, web & the media“ statt. Wie ist die Situation der unabhängigen Medien in Jugoslawien, wie können sie unterstützt werden? So die angekündigten Fragestellungen, die von Medien- und NGO-VertreterInnen diskutiert wurden. Eine Zusammenfassung

VON MARION KREMLA*

*) Marion Kremla ist Mitarbeiterin der Deserteurs- und Flüchtlingsberatung sowie des Integrationshauses in Wien.



B92-Website:
www.freeb92.net

off-records freilich: Wir haben die Bedingungen dieses Vertrages absichtlich so hoch gesteckt, daß die Serben sie nicht erfüllen können. Denn sie verdienen es, bombardiert zu werden „and we are going to do that.“

Die Lücke zwischen der Wahrheit des *global village* und den anderen Wahrheiten ließe sich demnach nur durch höchst aufwendige individuelle Recherchen im Internet schließen. Denn es gibt sie ja, die Gegenstimmen, doch keiner will sie hören bzw. drucken.

Aus dem Publikum wird diese Darstellung der westlichen Medien kritisiert, nein, es gäbe objektive Berichterstattung. Einspruch vom Podium, denn Objektivität, so Christine von Kohl, gibt es nicht und kann nicht das Ziel sein, jedoch eine faire und seriöse Berichterstattung.

Zurückgekehrt zu einer Beschreibung der Medienfreiheit in Jugoslawien, zeichnen die DiskussionsteilnehmerInnen ein einhellig erschreckendes Bild, das Melitta Sunjic als einen Versuchsgarten der Medienunterdrückung bezeichnet, dessen Artenvielfalt von Vertriebsverboten bis zu Prügel und auch Mord reicht. Irgendwann in der Debatte um die Zerstörung von B92 durch das jugoslawische Regime und die Zerstörung der jugoslawischen Sendeanlagen durch die NATO, mitten in der Diskussion über die Angemessenheit des ausgeprägten westlichen Selbstbewußtseins in Sachen Demokratie und Medienfreiheit, spricht Branislav Zivkovic von „Censorship from the sky.“ Zu den bekannten Formen der Zensur kam eine neue hinzu. Und welche Zen-

sur gibt es, die stärker ist als Bomben, so Zivkovic. Soviel zur Demokratieförderung seitens der NATO.

Zu einer anderen Art der Demokratieförderung, nämlich zum Aufbau bzw. zur Stärkung einer unabhängigen Medienszene werden derzeit umfangreiche EU-Projekte entwickelt, die von allen Anwesenden heftig als nicht bedarfsbezogen, die existierenden unabhängigen Medien ignorierend und aufgesetzt kritisiert werden.

Aus alledem ergibt sich für die Suche nach Strategien, für die Kanalisierung der Hilfsbereitschaft eine Leitlinie, wie sie Zivkovic formuliert: „try to listen to us.“ Zuhören, statt über die Bedürfnisse der unabhängigen Medien in Belgrad zu phantasieren. Zuhören und berichten über die demokratische Bewegung, die bereits existiert.



ZEITUNG FÜR POLITISCHE ÖKOLOGIE

Nr. 11 – Juni / Juli / August 1999

Der gerechte Krieg – Menschenrechte und humanitäre Intervention.
Über gewendete 68er, militärische Allmachtsphantasen und die
Verhältnismäßigkeit der Mittel. Mit Beiträgen von Lutz Schrader, Lutz Unterseher,
Marek Trenkler und prominenten Aufrufern gegen den Krieg.

Schubhaft in Österreich: Die Chronik angekündigter Mißstände
Polen und die NATO / Neuwahlen in Indien: Demokratie für alle?
Öffentlichkeit und demokratische Politikultur in Österreich
EU-Spitzenkandidat Johannes Vogenhuber im Gespräch

Nr. 10 – Die NATO und das Drama um Kosovo/a: Stoppt den Krieg! / Europa und die Kurden /
Indonesien: Ein Staat zerbricht / Das geplante Verkehrschaos /
Vor der Europawahl: Grüne zwischen Halder-Polarisierung und rot-grüner Realpolitik

-
- ☐ Ich interessiere mich für **planet**, die Zeitung der Grünen Bildungswerkstatt.
Bitte schickt mir eine kostenlose und unverbindliche Probenummer.
- ☐ Ich möchte **planet** gleich abonnieren (zum Preis von 85 200,- pro Jahr inkl. Versand).
- ☐ Schickt mir auch frühere **planet**-Ausgaben. ☐ Nr. 11 ☐ Nr. 10

NAME

ADRESSE

PLZ

ORT

Einsenden an: **planet**-Redaktion, Grüne Bildungswerkstatt, Lindengasse 40, 1070 Wien

BUCHHANDLUNG - KNJIZARA WEISS

Bosniensia, Croatica, Serbica, Slovenica

Schlosselgasse 24, 1080 Wien

geöffnet / otvoreno:

Montag bis Freitag / ponedjeljak do petak

11⁰⁰ – 19⁰⁰

Samstag / subota

9⁰⁰ – 13⁰⁰

Tel. & Fax: 40 60 322

Willkommen!! Dobro došli !!!

NOTO KOSOWAR

Vermischte Bemerkungen zu einigen Kriegsbildern

1

In den ersten Tagen des Kosovo-Krieges wurde *Wag the Dog*, jene Realsatire auf den amerikanischen Präsidenten, der, um von einer intimen Affaire abzulenken, einen fiktiven Krieg in Albanien führt, in die politische Realität implementiert.

Der Film wurde, wie in den Zeitungen zu lesen war, vom serbischen Fernsehen – gewissermaßen als propagandistische Illustration – auf den Spielplan gesetzt: Krieg als Einfall eines findigen Hollywood-Produzenten, der sein Illusionspotential der Politik zur Verfügung stellt. Krieg aber auch als funktionierendes Zusammengehen von Absicht und vermittelnder *public relation*, die, als verfeinerte Form der Propaganda, uns Zusehende meint und neben der militärtechnischen auch unsere emotionale Mobilisierung will.

2

Ich sah meine Video-Umfrage zum NATO-Beitritt Österreichs, welche ich im Februar 1998 begonnen hatte, obwohl auf einer realen politischen Diskussion basierend, doch eher als eine abstrakte und perspektivische Beschäftigung mit dem Krieg, lange bevor er geführt werden würde. Mit den ersten Berichten von den Bombardements der NATO-Einheiten im März 1999 musste sich etwas geändert haben. Ich begann – zunächst nur gelegentlich – aus deutschsprachigen Zeitungen Fotografien von Kriegsreportagen zu sammeln. Eines der ersten Bilder zeigte eine Handvoll loser Höfe und Wohnhäuser. Die Häuser waren von Feldern umgeben. Menschen waren keine zu sehen. Aus mehreren der Häuser stieg weißer Rauch auf. Der Rauch wurde zur dichten qualmenden Wolke und bedeckte die rechte obere Ecke der Fotografie. Er zog über die Begrenzung des Bildes und über das Bild hinaus.

3

Über den operativen Gefechten findet ein nicht weniger entscheidender Krieg der Bilder statt, dessen Verlauf nicht unwesentlich auf die Kampfhandlungen selbst zurückwirkt.

Wir sehen Kriegsbilder, die in unseren Zeitungen als Bilder des Krieges abgedruckt wer-

den. Fotografien als Effekt *militärischer Operationen*: Feuerwolken über der skyline von Belgrad oder Pristina, Satellitenaufnahmen strategischer Manöver bei Glodane, von Bomben zerstörte Brücken in Novi Sad, schwarzrauchende Raffinerieanlagen bei Pančevo, Flüchtlingszüge an der mazedonischen Grenze, Zeltstädte in Albanien, Massengräber ...

4

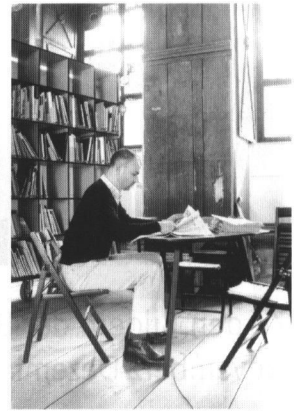
Nach einigen Wochen des Kriegsgeschehens begann ich, in einer Bibliothek die vorhandenen Zeitungen nach Kriegsbildern durchzusehen. Durch eine Glasplatte fotografierte ich die Fotografien, teilweise so wie sie abgebildet waren, teilweise veränderte ich den Ausschnitt. Eine kleine Tischlampe diente mir als Lichtquelle, die ich mittels der Glasplatte auf bestimmte Stellen des Bildes spiegelte. Der Lichtkegel konnte Teile des Abgebildeten ausblenden, Dinge miteinander in Beziehung setzen oder verbinden und wurde so zum dramaturgischen Werkzeug, das den Reproduktionsprozess lenkte.

5

Es sind Bilder, die uns Beweismaterial für ein Ereignis sein sollen: „Seht her, das ist geschehen.“ Sie sprechen von sich, als *visuelle* Zeichen, die nichts als den Kommentar „Alles kapiert!“ hervorrufen wollen: Sie sind, wie Serge Daney bemerkt, nichts als die *optische Bestätigung des Vorgehens von Mächten*. Zugleich sind diese Bilder aber immer schon Beiwerk, Illustration eines eigentlichen Kommentars, eines Zeitungsartikels, einer Bildunterschrift. Dieses sinnstiftenden Sinns entledigt, wird die Fotografie zu dem, was sie ebenso ist: ein Zeichen der Abwesenheit.

6

Der Lichtkegel der Lampe, der manchmal als Lichtkegel nur und manchmal als Lampe mit Glühbirne, als Ding, sich reflektiert. Der Spot, der seinen Schein auf die Bildsache wirft, und der Lampenkörper, der sich als Sein in den Bildinhalt einzeichnet wie eindrückt. Der Licht-



Bereits in der letzten Ausgabe veröffentlichten wir Bilder aus der Serie NOTO KOSOWAR. In der vorliegenden Ausgabe finden Sie wieder Bilder von Bildern des Krieges aus dieser Serie.

Der folgende Text ist auch eine Erläuterung dieser Arbeit

VON CHRISTIAN HELBOCK*

*) Christian Helbock ist Künstler in Wien. LeserInnen unserer Zeitschrift ist er bereits durch den NOTO-Channel bekannt (siehe ZOOM 1/99, Seite 22). NOTO im Web: www.t0.or.at/~noto

schein, der, zusammen mit dem Feuerball der Bomben, Belgrad erhellt, den fotografischen Augenblick des brennenden Belgrads erhellt. Belichtet und erhellt. Und nochmals festhält. Und wieder produziert.

7

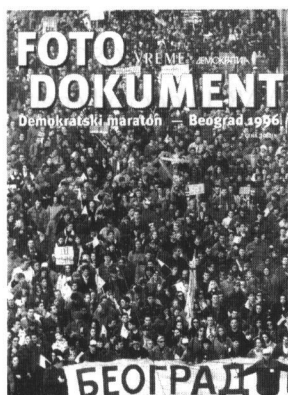
Einer dieser Aspekte der Fotografie heisst, uns selbst als Abwesende zu zeigen: Nicht selbst an Ort und Stelle zu sein, nicht Betroffene, nicht auf der Seite der Opfer. Nicht einmal nahe. Wir sind auf der *anderen* Seite,

vom Fotografen vertreten, hinter dem schützenden Objektiv, auf der Seite der Sieger, unsere Nachrichtenagenturen vertreten uns, sie vertreten unsere Presse-Freiheit, und vertreten auch uns. Denn dieser Krieg, ob wir es wollen oder nicht, wird in unserem Namen geführt und diese Bilder für uns gemacht. Damit wir uns selbst kein Bild mehr machen müssen. Ein Bild ist ein Bild. Ist es nicht so? Godard sagt: „Pas une image juste, juste une image.“ *Kein genaues Bild, nur eben ein Bild.* Ein Bild des Krieges. ■

Kollateralschaden

Zu den Bildern der Belgrad Winterproteste,
November/Dezember 1996

VON MARKUS KEMMERLING



Den NOTO KOSOWAR-Kriegsbildern von Christian Helbock stellen wir in diesem Heft Fotos aus einer Dokumentation der Wochenzeitung *Vreme* über die Winterproteste 1996/97 in Belgrad gegenüber. Mit täglichen Massenprotesten setzte damals das Oppositionsbündnis *Zajedno* („Gemeinsam“) aus Demokratischer Partei (Zoran Djindjic), serbischer Erneuerungsbewegung (Vuk Drasković) und der kleinen Bürgerlichen Allianz (Vesna Pesic) die Anerkennung der Kommunalwahlen vom 17. November durch. Gleichzeitig entstand eine starke studentische Protestbewegung, die dritte seit 1991 und vollkommen autonom von *Zajedno*, die mit zahlreichen phantasievollen, aber letztlich erfolglosen Aktionen insbesondere eine Demokratisierung der universitären Strukturen anstrebte.

*

Die Photographien bezeugen, daß sich die Menschen in Serbien von der Furcht befreien. Der therapeutische Effekt wird langfristig zu bedeutenden politischen Konsequenzen führen. Politik wird demystifiziert. Ideologien und die Trennung in Rechte und Linke (in diesem Zusammenhang meint rechts die Opposition und links die Regierung, Anm. M. K.) hat einer Trennung in jene mit Humor und in jene, die zu diesem niemals fähig wären, Platz gemacht. (aus dem Vorwort zur Dokumentation)

*

Die Bilder zeigen die Symbole dieser Protestbewegung: Pfeifen, Eier, die roten Studentenausweise, Tafeln mit den Logos der oppositio-

nellen Sender B92 und Radio Index, Fahnen: die jugoslawische neben der britischen, der star-bangled Banner neben einer Ferrari-Flagge. Bekannt war die Regenbogenfahne der „Frauen in Schwarz“, die auf ihren Transparenten und Flugblättern auf die Unterdrückung der Kosovo-AlbanerInnen aufmerksam machten. Die offizielle Opposition stand den Verhältnissen in Kosova bestenfalls indifferent gegenüber, so wie die Kosovo-AlbanerInnen auf die demokratischen Bemühungen der SerbInnen mit Gleichgültigkeit reagierten.

*

Allabendlich, als im staatlichen Fernsehen die Hauptnachrichten liefen, gingen die BelgraderInnen mit Kochtöpfen und anderen Lärminstrumenten vor die Häuser. Sie verweigerten sich der Propaganda, indem sie demonstrierten, daß sie ihr nicht mehr zuhörten. Gleichzeitig stieg die Zahl der HörerInnen von, zum Beispiel, Radio Index von 100.000 auf eine Million.

Während des Krieges in diesem Frühjahr wurden fast alle nichtstaatlichen Stationen geschlossen, die technische Ausrüstung beschlagnahmt, die Betreiber vor Gericht gestellt und eingesperrt. B92 sendet seit April nur mehr im Internet.

*

Die NATO warf, nachdem sie Raffinerien, Elektrizitätswerke und Kommunikationseinrichtungen zerbombt hatte, über Serbien Flugzettel ab: *Kein Benzin / Kein Strom / Kein Handel / Keine Freiheit / Keine Zukunft / MILOSEVIC.*

*

Information warfare: actions taken to achieve information superiority in support of national military strategy by affecting adversary information and information systems while leveraging and protecting our own information and information systems. (US-Department of Defense)

*

„Wir sind“, schreibt Christian Helbock, „auf der *anderen* Seite, von Fotografien vertreten, hinter dem schützenden Objektiv, auf der Seite der Sieger.“ 1993, während des Bosnienkrieges, ging ein Foto um die Welt, welches einen ausgezehrt Menschen mit nacktem Oberkörper hinter Stacheldraht zeigte, aufgenommen von einem britischen Fernsehteam auf der Suche nach Greuelbildern „der Serben“. Im jetzigen Krieg der Bilder wurde es wieder verwendet, untertitelt mit „KZ in Bosnien“. Doch nicht das Lager war eingezäunt, sondern das Grundstück nebenan, von welchem aus der Fotograf seine Aufnahmen machte. Das KZ war ein Auffanglager, in welches die Menschen freiwillig kamen. Die Entstehungsgeschichte dieses Bildes ist seit langem bekannt. Ihre Veröffentlichung wurde nicht unterdrückt. Es genügt, sie zu ignorieren.

*

Die Strategie läßt sich unter der Überschrift „Schaut Euch diese Bilder an!“ subsumieren. Gezwungen zuzugeben, daß man nicht über Tatsachen berichtet, greifen die Medien zu dem Mittel der Erzeugung partiellen Mitleids, das in der heutigen Zeit offenbar am wirkungsvollsten ist: Mit Fotos von Elend und Schrecken, von Fluchtszenen wird Entsetzen über das Leiden der Opfer, wird Betroffenheit hergestellt. ... Es gibt kein Tschinderassa-Bum, aber eine subtile Legitimierung dieses „humanitären“ Krieges. Wurden ehe- dem die Menschen durch Kriegspropaganda begeistert, so werden sie in diesem Krieg ruhiggestellt. (Margret Jäger, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, über die Berichte in westlichen Medien zum Krieg in Jugoslawien)

*

Die in den letzten Monaten hier veröffentlichten Bilder vom Krieg zeigten zwei Arten von Menschen. Den aus Kosova Flüchtenden gegenübergestellt waren ausgelassene und singende Massen auf den Straßen und Brücken von Belgrad oder Novi Sad. Sie trugen Tafeln mit dem *Target*-Symbol, mehreren übereinanderliegenden konzentrischen Kreisen. Das *profil*, zum Beispiel, übertitelte diese Bilder mit: *Elektrischer Orgasmus*. In Wien demonstrierende Kosovo-AlbanerInnen nahmen diese Metapher auf. Auf ihren Transparenten stand: *NATO, just do it*.

*

Die von Christian Helbock dokumentierten KOSOWAR-Bilder sind „für uns ge-

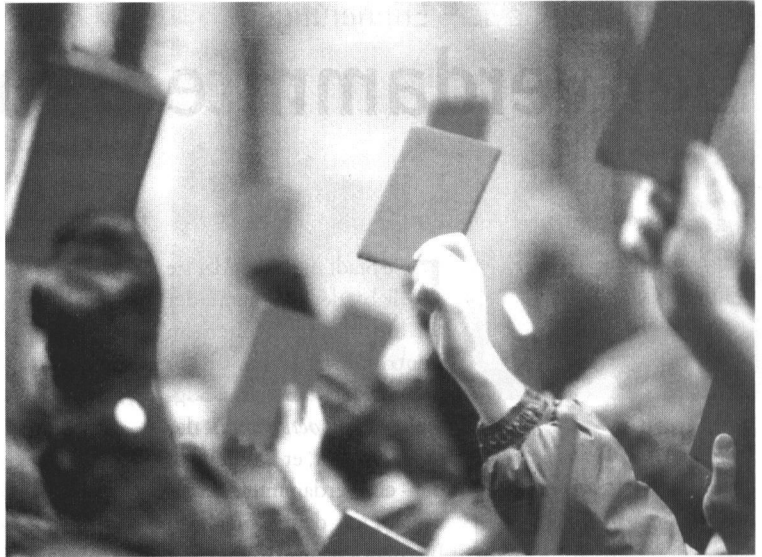


Foto: Branko Pantelić, Blic

macht. Damit wir uns selbst kein Bild mehr machen müssen. Denn dieser Krieg, ob wir es wollen oder nicht, wird in unserem Namen geführt.“ Die Fotos vom Belgrader Winter 1996/97 wurden nicht für uns gemacht, die Proteste wurden nicht in unserem Namen geführt, von ihnen haben wir uns kein Bild machen müssen. Und wenn- gleich sie keine Bilder des Krieges sind, sind sie doch Bilder der Zerstörung dieses Krieges. Sie dokumentieren, was NATO-Pressesprecher Jamie Shea einen Kollateralschaden nennt.

*

Die Bomben nur einer Nacht haben all das zunichte gemacht, wofür sich mutige Menschen in serbischen Nichtregierungsorganisationen und demokratischen Gruppen in zehn harten Jahren eingesetzt haben: Die Aktivisten haben nicht versucht, irgend jemand zu stürzen – sie haben vielmehr versucht, zivilgesellschaftliche Strukturen zu entwickeln, freiheitliche Werte zu fördern, gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien zu vermitteln. Die Ansätze sind jetzt dahin. (aus einer Erklärung des Belgrader „Zentrum für Menschenrechte“, April 1999)

*

Am 29. Juni begannen neuerlich Massenproteste in Serbien. In Čačak demonstrierten 8.000 Menschen für einen Rücktritt des Präsidenten. Der Bürgermeister, der sich 43 Tage lang versteckt gehalten hatte, trat erstmals wieder in die Öffentlichkeit. Als der Krieg begann, hatte er das Militär der Stadt aufgefordert, in der Kaserne zu bleiben, und Deserteure unterstützt. In Österreich wurden serbische Deserteure auch während des Krieges in Schubhaft genommen. ■

Bogdan Bogdanovic – Erinnerungen

Der verdamnte Baumeister

VON ALEXANDER
SCHÜRMANN-EMANUELY

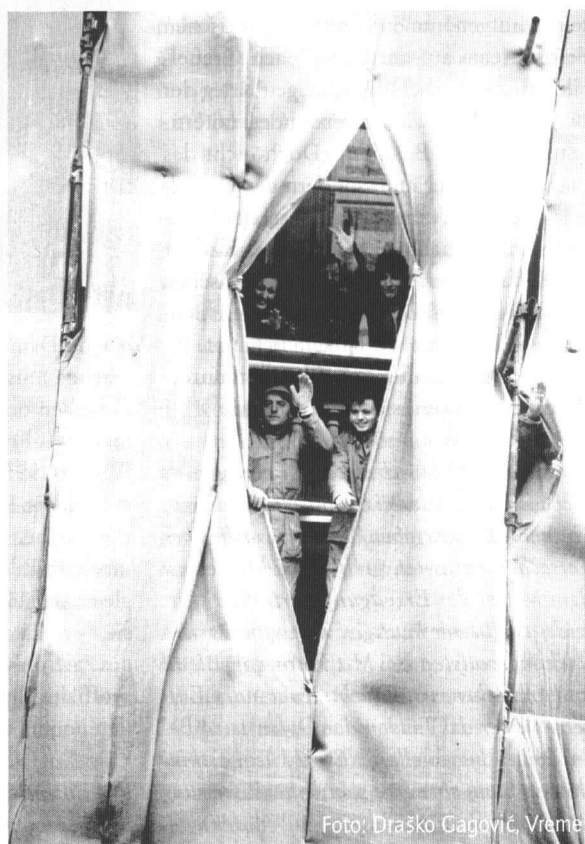


Bogdan Bogdanovic:
Der verdamnte Baumeister –
Erinnerungen
Paul Zsolnay Verlag,
Wien 1997, 298 S. S

Die Stadt und einer der sie liebt, der sie träumt, der für sie kämpft, stehen im Zentrum des „Verdamnten Baumeisters“. Bogdan Bogdanovic ist *poète maudit* der urbanen Welt, er ist ein *maudit* – ein Verdammter, der als Exilant aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Belgrad, seit 1993 in Wien lebt, wo er nicht aufgehört hat, zuerst im Wieser¹ und dann im Paul Zsolnay Verlag, die Gefahr, die eine Auflösung der Stadt, durch Entmenslichung und durch direkte Zerstörung, mit sich bringt, aufzuzeigen.

Doch was genau ist nun die Stadt? Für Bogdan Bogdanovic kann die Stadt nur nach Maß des Menschen sein, symbolisch gesprochen, nach dem Maß der menschlichen Stimme. Die Stadt ist eine Metapher, ein Abbild des Menschen, sie hat wie er ein Selbstbewusstsein, ein Gedächtnis und eine Kontinuität, die man lesen kann, in der Architektur, der Geschichte, in einem System aus Artefakten, in der Stimmung, die man in ihr verspürt. Der globale Stadtmensch, so wie Bogdanovic ihn sieht, ist der, der das *urbane Manuskript* entziffern kann.

Diese Stadt, die schon in den diversen „heiligen“ Schriften oft als unheimlicher und auszulöschender Feind galt, weil ihr eine eigene Magie zugeschrieben wurde, fand lange bei den meisten Nichtstädtlern kein Verständnis, hingegen aber Verachtung, Feinde und Zer-



störer. Doch genauso wie in der Antike die Urbanophobie die Städte bedroht hatte, vernichtet sie heute, wo fast der Großteil der Menschheit in Städten wohnt, eine eigenartige Urbanophilie, die immer mehr Leute in die Ballungszentren lockt und diese zu einem „architektonischen Magma in ständigem Zerfall“² der Hoffnungen heranwachsen lässt, was nicht selten unfähigen Planern zu verdanken ist. Aber nicht nur Wucherung oder Verplanung sind heute Gründe für Städte- und Zivilisationsbedrohung und -zerstörung, auch der antike Städtehaß kennt, und zwar in den Kriegen im ehemali-

gen Jugoslawien, wieder seine Renaissance.

Als 1982 Bogdan Bogdanovic der Posten des Belgrader Bürgermeisters angeboten wurde, schien ihm dieser „Vorschlag [...] zunächst sinnlos, ja lächerlich“, doch geschah dies zu einem Zeitpunkt, da in Jugoslawien die auflebende Aufklärung und der ebenfalls auflebende Nationalismus beiderseits versuchten, die bisherige Staatsideologie abzulösen. Bogdanovic, der vehementer Gegner von jedem Nationalismus ist und deshalb einige Zeit vor seiner Ernennung zum Bürgermeister aus der Serbischen Akademie der Wissenschaft und Künste wegen de-

ren immer krasserem Abrutschen ins nationale Lager ausgetreten war, sah jedoch bald ein, daß dieses von ihm verlangte politische Engagement unumgänglich war, um seiner Gegnerschaft zur Barbarei effektiv Ausdruck zu verleihen.

Viele Jugoslawen und Belgrader stimmten den Reformen, die unter anderen auch Bogdanovic mittrug, zu. Doch für den Großteil der politischen Eliten, für das Establishment war einfacher Nationalismus besser zu handhaben als eine komplexe, pluralistische Gesellschaft. Der aufgeklärte serbische Präsident Stambulic wurde gestürzt, die meisten Reformer mit ihm. Als Mitglied des ZK der serbischen kommunistischen Partei attackierte Bogdanovic noch einmal in einem offenen Brief, dem *Lamento über Serbien*, das neue Regime unter Milosevic, die Folge war das Exil des Kritikers.

Doch neben diesem politischen Engagement versuchte Bogdan Bogdanovic, der ab den sechziger Jahren rund 20 Jahre Professor für Architektur an der technischen Fakultät der Belgrader Universität war, schon lange sein Stadtbild zu vermitteln, und zwar nicht nur an der Universität selbst, sondern für einen ausgewählten Kreis interessierter Studenten in der in Eigeninitiative gegründeten „Dorfschule für Architektur“ in Mali Popovic, womit er ganze Generationen jugoslawischer ArchitektInnen beeinflusst haben dürfte, ArchitektInnen, die ihre Tätigkeit spätestens aber nach der Machtübernahme der nationalen Lager in die australische oder Pariser Emigration verlagert haben. Er lehrte das *Stadtlesen*, denn

nur wer *stadtilesen* kann, kann schließlich auch *stadtschreiben*. Bogdanovics Erzählung folgend, fühlt man sich nicht selten in diese Dorfschule von Mali Popovic versetzt.

Doch die autobiographische Collage „Der verdammte Baumeister“ initiiert nicht nur in das Leben, Lesen, Lernen der Stadt, sie ist nicht nur Zeitdokument der jugoslawischen Gesellschaft und ihrer Herrschaftsstrukturen, sie schenkt auch den Einblick in die Arbeitsweise eines Architekten, der in erster Linie Gedenkstätten errichtet hat, Orte der Erinnerung an Krieg und Faschismus. Bogdan Bogdanovics Kenotaphe für die Opfer des Faschismus haben nichts mit stalinistischer Monumentalität oder banaler Symbolik zu tun, sie sind Steine, die in einer surrealistischen, mythischen Inszenierung den Betrachter bannen, mit ihren phantastischen Symbolen tief in sein allgemeines Unterbewußtsein eindringen, ihn erschauern, erfreuen, kindisch neugierig betrachten lassen. Der verdammte Baumeister hat mit seiner Arbeit von Anfang an, seit seinem ersten gehauenen Werk 1952, verstanden, der Architektur der Erinnerung eine poetische, grenzüberschreitende Kraft zurückzugeben.

Und wenn sich Bogdan Bogdanovic schließlich auch als „Verdammter“ sieht, weil hilflos in Anbetracht des inhumanen Wandels der Gesellschaften, entdeckt man beim Durchwühlen seiner Erinnerungen, seiner „Rumpelkammer der Vergangenheit“ keinen Fatalismus, sondern viel eher Poesie, viel eher den Widerstand eines Phantasten und Formeln, die jeden anderen Verdammten irgendwie weiterhelfen können. ■



NOTO KOSOWAR 4.17

- 1 Bei Wieser erschienen: *Die Stadt und der Tod* (1993), *Architektur und Erinnerung* (1994), *Die Stadt und die Zukunft* (1997).
- 2 *Die Stadt und der Tod*. Klagenfurt-Salzburg: Wieser Verlag, 1993. S. 17.

La Librería



Cuando oigo decir que una persona tiene el hábito de la lectura, estoy predispuesto a pensar bien de ella.
Nicolás de Avellaneda

Literatur aus Spanien und Lateinamerika
spanische Kinderbücher
Lehrmaterialien
einfache Lektüren
Bücher auf Portugiesisch
Musik aus Spanien und Lateinamerika
und vieles mehr

Öffnungszeiten
Mo-Fr 9:30-13:00 u. 15:00-18:30
Mi u. Fr bis 19:00
Sa 9:30 - 12:30

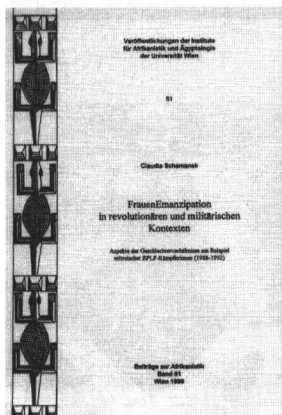
www.libreria.at/libreria

18, Gentzgasse 128,
Tel/Fax: 01/478 92 59
Linie 40 od.41 Station Weinhauserg
Nähe Gersthof

e-mail: libreria@magnet.at

Mütter der Revolution

VON BRITA NEUHOLD



Claudia Schamanek: *FrauenEmanzipation in revolutionären und militärischen Kontexten*. Aspekte der Geschlechterverhältnisse am Beispiel eritreischer EPLF-Kämpferinnen (1988-1992). Beiträge zur Afrikanistik, Band 61, Wien 1998.

Die vorliegende Publikation ist ein sehr wichtiger Beitrag zum Thema Frauen und (Befreiungs)Krieg. Die Autorin geht in einer sehr persönlichen Weise an diese Problematik heran, indem sie ihr eigenes Forschungsinteresse offenlegt, das zunächst mit dem grundsätzlichen Interesse an Eritrea begann, sich dann in einer Art – zur Zeit kaum durchschaubar – Todessehnsucht fortsetzte und viele Schwierigkeiten der Annäherung überwinden mußte. Diese persönliche Herangehensweise zieht sich durch die ganze Arbeit, da jede Phase und jeder Themenblock von der Erinnerung an die damalige Befindlichkeit begleitet ist. Dadurch wird die Methode deutlich, die weniger im Ziehen von Schlüssen als mehr im Herausarbeiten von Fragestellungen, im Aufzeigen von Dilemmata und im Sichtbarmachen von Trends liegt.

Im Hauptteil „Eritreische EPLF-Frauen“ (Eritrean People's Liberation Front) gibt die Autorin zunächst einen historischen Abriss über die Auswirkungen des Kolonialismus auf Gender-Rollen in der Region und geht weiters auf frühere Frauenbefreiungskämpfe und auf die sehr wichtige Rolle der Frauen im Befreiungskrieg ein, der zu einer „Lebensform“ (way of life, S. 114) wurde. Zum Unterschied zu Befreiungskämpfen anderer Länder war die Rolle der eritreischen Frauen genau, näm-

lich als die der „Mütter der Revolution“, definiert. Umso mehr muß sich die „ver zweifelte Frage“ stellen, ob „... der Einsatz von Frauen in Befreiungs- und Widerstandsbewegungen tatsächlich für nichts“ ist. Das Ergebnis in Eritrea spricht zunächst für eine solche Auslegung. Das Verhalten der Machthaber nach dem Krieg, das Abschieben und Zurückdrängen der Frauen in die Unsichtbarkeit, das „Versorgen“ von verdienten Kämpfern mit sehr jungen Frauen, das schlichte Vergessen wichtiger weiblicher „Stimmen der Revolution“ sind traurige Details anscheinend unvermeidlich eintretender Prozesse.

Das eigentliche Interesse der Arbeit macht ein prüfender Blick hinter die Kulissen des „FrauenKriegsLebens in der EPLF“ deutlich, mit dem die Autorin „Bild-Störungen“ festzumachen sucht. Dabei zeigt sie den scheinbaren Widerspruch zwischen Frauen als Le-

bensspenderinnen und Frauen als Todesbringerinnen auf und stellt ein „schier unglaubliches Kampfpotential“ im konkreten Fall fest (S. 155). Die Aufarbeitung des Lebenskontextes von Frauen im Revolutionskrieg, der vom unerschütterlichen Glauben an den „gerechten Kampf“ geprägt war, bringt weitere Details zu einem Entwicklungsbogen, der sich vom „Traumstadium“ zum „Traumastadium“ zu spannen scheint.

Eine der Antworten auf die Frage nach den Gründen des Zurückdrängens von Frauen nach dem Krieg – auch in Eritrea – scheint darin zu liegen, daß die Mobilisierung der Frauen in erster Linie auf den nationalen Kampf und weniger auf Fragen der Emanzipation ausgerichtet war – wenn auch diese Zusammenhänge in diesem Land viel bewußter gesehen und verarbeitet wurden als anderswo. Trotzdem ist der Eindruck bestimmend, daß heute auch in Eritrea Frauen erneut um ihre Befreiung kämpfen und ihre Verdrängung zu überwinden suchen, wenngleich diese Bestrebungen auch als (neuerliche) Eröffnungsrunde eines langen Kampfes erscheinen.

Erratum

zum Beitrag „Nationalismus, Emanzipation und Öcalan“ in ZOOM 2/99

In Fußnote 3 des Beitrags „Nationalismus, Emanzipation und Öcalan“ in ZOOM 2/99, Seite 24, findet sich als Zitat einer Transparentaufschrift der Satz „Öcalan ist ein Symbol für die Freiheit der türkischen Frau“. Richtig hätte das Zitat lauten sollen „... der kurdischen Frau“. Wir bedauern, diesen Flüchtigkeitsfehler auch redaktionell übersehen zu haben.

Militärbündnis EU

Schnelles Einlenken der bündnisfreien EU-Mitglieder

Als Konsequenz aus dem Krieg im Kosovo, der das zweitägige Treffen der EU-Regierungschefs dominierte, haben die EU-Staaten den Ausbau ihrer außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit beschlossen. Die Krisenbewältigung für das Kosovo habe bereits gezeigt, daß die EU aus dem Schatten der USA herausgetreten sei, kommentierte ein Diplomat die Pläne für eine Militarisierung der EU gegenüber der Nachrichtenagentur *dpa*. Weitere Schritte zu einer eigenen „Verteidigungsidentität“ hat der Regierungsgipfel im Rahmen seiner Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in Angriff genommen. Bis Ende 2000 soll die Verschmelzung des eng mit der NATO verbundenen Militärbündnisses Westeuropäische Union (WEU) mit der EU unter Dach und Fach sein. Der deutsche Staatsminister im Auswärtigen Amt, Günter Verheugen, dankte dafür ausdrücklich den „neutralen“ Staaten Österreich, Schweden, Finnland und Irland, die „ihre Bedenken schnell hintenan“ gestellt und damit eine schnelle Einigung ermöglicht hätten. „Es gibt die Möglichkeit für Neutrale mitzuwirken, ohne die Verfassung ändern zu müssen“, freute sich der österreichische Bundeskanzler Viktor Klima.

In der Tat ist es den EU-Mitgliedsstaaten freigestellt, selbst über den Einsatz ihrer nationalen Streitkräfte zu entscheiden. Das ändert

jedoch nichts daran, daß auch die „neutralen“ Staaten ihren Beitrag für „ein glaubwürdiges operatives Potenzial“ leisten müssen. An der „EU-geführten Krisenbewältigung“ sollen sich auch „neutrale und bündnisfreie EU-Mitgliedsstaaten in vollem Umfang und gleichberechtigt“ beteiligen können.

Klima stimmte auch der Ernennung Javier Solanas zum außenpolitischen Vertreter und zukünftigen Oberbefehlshaber der europäischen Streitkräfte zu. Solana, der Ende des Jahres sein Amt als Generalsekretär der NATO abgeben wird, hat während des Balkankrieges alle Appelle für eine Waffenpause abgelehnt. Selbst NATO-Sprecher Jamie Shea verglich die Hartnäckigkeit seines Vorgesetzten mit der eines Terriers. „Wenn er einmal etwas zwischen die Zähne bekommt, läßt er nicht mehr los.“

Das Lied der Menschenrechte singt der Spanier Solana ebenso gut wie viele andere Bellizisten aus dem sozialdemokratischen Lager Europas. Die NATO sei eine Wertegemeinschaft, ihr gehe es nicht um Eroberungen oder wirtschaftliche Interessen, sondern um die Sicherung fundamentaler Menschenrechte, betonte Solana immer wieder als Kriegsziel im Kosovo. Österreichs Außenminister Wolfgang Schüssel verneinte die Frage eines Journalisten bei der abschließenden Pressekonferenz der österreichi-

schen Regierung auf dem EU-Regierungsgipfel, ob er die Verlagerung von Kompetenzen an Solana befürchte. „Wir geben nicht ab, sondern erzeugen einen europäischen Mehrwert“, so Schüssel weiter.

Um die Produktion von Mehrwert geht es auch bei der „effizienteren Zusammenarbeit der Rüstungsunternehmen“ in Europa. Die „Stärkung der industriellen und technologischen Verteidigungsbasis“ soll nach den Vorstellungen des Europäischen Rates „wettbewerbsfähig“ sein.

Auch die „Gemeinsamen Strategien“ der EU für Rußland entbehren nicht einer militärischen Komponente. Eine „Beteiligung“ Rußlands in Fällen der Krisenintervention, bei denen die EU die WEU in Anspruch nimmt, soll „geprüft“ werden. Die nächste Gemeinsame Strategie will die EU für die Ukraine festlegen.

Bereits am 10. und 11. Mai trafen sich in Bremen die Verteidigungs- und Außenminister der Westeuropäischen Union (WEU)*. Sie beschlossen eine Verschmelzung des Militärbündnisses WEU mit der Europäischen Union bis Ende des Jahres 2000, um eine „Stärkung der europäischen militärischen Kapazitäten für eigene Krisenmissionen und humanitäre Einsätze sowie die Beseitigung von militärischen Defiziten“ zu erreichen, erklärte Verteidigungsminister Rudolf Scharping. Der Amsterdamer

Am Berliner Regierungsgipfel wurde die Verschmelzung von EU und WEU fixiert. Offen ist noch, ob die NATO Kern der EU-Militärpolitik bleibt – beziehungsweise wie sich die EU in militärpolitischen Fragen gegenüber den USA positioniert.

VON GERHARD KLAS*

*) Gerhard Klas ist Redakteur der Zeitschrift *SoZ – Sozialistische Zeitung*.

Vertrag, der seit dem ersten Mai in Kraft ist, liefert im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) weitere Grundlagen für den Ausbau der Verteidigungspolitik. Er verankert die Perspektive, die WEU in die EU zu integrieren.

Im Ergebnis soll der Europäische Rat gegenüber der WEU eine „Leitlinienkompetenz“ erhalten. Mit Hilfe einer neuen „Strategieplanungs- und Frühwarnungseinheit“ hat der EU-Regierungsgipfel einstimmig eine „gemeinsame Strategie“ für sicherheits- und verteidigungspolitische Angelegenheiten festgelegt, deren Durchführung durch den Ministerrat einer qualifizierten Mehrheit unterliegt. Zudem sieht die GASP die Möglichkeit einer „konstruktiven Enthaltung“ vor. Mitgliedsstaaten, die sich bei einer geplanten Militäraktion enthalten, sind nicht verpflichtet, daran teilzunehmen.

Die 1948 als Brüsseler Pakt gegründete WEU hat eine Doppelrolle inne. Für Frankreich, im geringeren Umfang auch für Deutschland, liegt die Betonung auf dem „europäischen Sicherheitsbündnis“. Für Großbritannien ist es vor allem der „europäische Pfeiler der NATO“, der ausgebaut werden soll. Im Dezember 1998 kamen sich Frankreich und Großbritannien näher und verabschiedeten die Erklärung von St. Malo, in der sie die autonome Handlungsfähigkeit der Union befürworten.

Bereits in ihrem Gründungsvertrag ist die WEU auf eine enge Zusammenarbeit mit der NATO festgelegt. In der Zeit des Kalten Krieges schenken die Regie-

rungen der WEU jedoch kaum Beachtung. Erst im Juni 1992 stärkte die Petersberger Erklärung die operative Rolle. Gemäß dieser Erklärung gehören Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, „friedenserhaltende und humanitäre Maßnahmen“ sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung zum Aufgabenkatalog. 1996 beschlossen die NATO-Außenminister in Berlin, daß die WEU künftig unter Rückgriff auf die Infrastruktur der NATO militärische Operationen in eigener Verantwortung durchführen könne – auch ohne aktive Beteiligung der USA. Die politische Entscheidung halten die USA allerdings fest in ihren Händen: Auf dem Berliner Treffen haben die USA ihr Vetorecht durchgesetzt und können eine militärische Mission der europäischen Staaten jederzeit verhindern.

Das deutsch-französische Eurocorps legte mit seiner Gründung 1992 den Grundstein für einen EU-eigenen militärischen Körper, dem mittlerweile auch 12.000 spanische Soldaten angehören. Nach dem jüngsten deutsch-französischen Gipfeltreffen soll das Kontingent des Eurochors auf 60.000 Soldaten erhöht werden. Zwei weitere multinationale Truppenverbände sind der WEU unterstellt: die 1995 von Frankreich, Italien und Portugal gegründeten „Eurofor“ und „Euromarfor“. Ergänzt werden sollen die Truppen durch eine „Europäische Rüstungsagentur“.

„Die transatlantische Partnerschaft und die Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa bleiben auch in Zukunft Garant für Sicherheit und Stabilität auf unserem Kontinent. Aber ebenso ist

eine europäische Sicherheitsarchitektur ohne die Beteiligung Rußlands undenkbar“, erklärte Bundeskanzler Gerhard Schröder im Februar auf einer Sicherheitspolitischen Tagung in München. In Rußland stehen noch mehr als 1,2 Millionen Soldaten unter Waffen, und das Nuklearpotential wird gerade einer Modernisierung unterzogen. Deshalb, und weil Rußland im UNO-Sicherheitsrat über einen Sitz verfügt, „müssen wir der Tatsache Rechnung tragen, daß Rußland eine Führungsrolle beansprucht“, meint General Klaus Naumann, bis vor wenigen Wochen Vorsitzender des Militärausschusses der NATO. Auch wenn der NATO-Rußland-Rat dem „besonderen Verhältnis zu Rußland Rechnung“ tragen soll, ist Naumann besorgt über die „tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten“ und die daraus resultierende politische Instabilität, die „wir in unserer Sicherheitsanalyse berücksichtigen“ müssen.

Der NATO-Rußland-Rat wurde eingerichtet, um zu verhindern, daß die NATO-Osterweiterung die Beziehungen insgesamt vergiftet. Im Mai 1997 unterzeichnete die russische Regierung das entsprechende Abkommen in Paris. Dieses sieht zwar einen ständigen gemeinsamen Rat von Allianz und Rußland vor. Bei wesentlichen Entscheidungen und in einer Krisensituation verhandeln und agieren jedoch die NATO-Partner, ohne daß Rußland sich dagegen stellen kann und auf seine Interessen Rücksicht genommen werden müßte. Die Intervention im Kosovo stellte das nachdrücklich unter Beweis.

USA und Europa

Seit dem Ende des Kalten Krieges sind aus Amerika häufig die gleichen Mahnungen zu hören – von einer republikanischen ebenso wie von einer demokratischen Administration: Amerika will bei der Lösung globaler Aufgaben stärkere europäische Beteiligung. Naumann zeigt sich zwar erfreut darüber, daß der Wegfall des Ost-West-Konflikts zu einer deutlichen Entlastung der Haushalte geführt hätte. Genau dies kritisiert jedoch der Botschafter der Vereinigten Staaten in Deutschland, John C. Kornblum. Er bezeichnet die „anhaltenden Kürzungen der europäischen Verteidigungshaushalte“ als ein „äußerst besorgniserregendes Zeichen“. Deshalb begrüßt er die „europäische Bereitschaft, mehr Verantwortung zu übernehmen und mit uns bei der Verteidigung gemeinsamer Interessen zusammenzuarbeiten“.

Die USA haben in ihrem 1997 veröffentlichten Wolfowitz-Bericht klar herausgestellt, daß sie künftig verhindern wollen, daß erneut eine Macht auf den Plan tritt, die – wie seinerzeit die Sowjetunion – in der Lage wäre, die Vormachtstellung der USA zu gefährden. Als potentielle Gegner zählen die USA Rußland, China und Japan, aber auch Europa auf. „Zwar sollen die Waffen“, so Marie De La Gorce in der *Le Monde diplomatique*, „die jene angenommenen Gegner ausschalten sollen, in erster Linie wirtschaftlicher, politischer und kommerzieller Natur sein. Es wird aber stets daran erinnert, daß die militärische Stärke ein wesentlicher Faktor für die Vormachtstellung der USA bleibt.“

„Die größte Herausforderung für Europa wird darin

bestehen, erneut die visionäre Kraft zu entwickeln, die seine Völker mehrere Jahrhunderte lang geleitet hat“, meint Kornblum. „Vision bedeutet in diesem Falle“, so der Botschafter weiter, „mit den Vereinigten Staaten bei der Definition von Problemen zusammenzuarbeiten und Wege für ihre Lösung zu finden.“ Den globalen Anspruch der NATO, auch mit „out of area“ – Einsätzen militärisch einzugreifen, begründet Kornblum mit Sicherheitsinteressen. „Es wäre gefährlich anzunehmen, die einzige, die Aufmerksamkeit der NATO verdienende Bedrohung der Mitglieder des Bündnisses käme von Orten nahe der Grenzen der NATO.“

In Europa ist es vor allem Frankreich, das sich den amerikanischen Plänen für eine Globalisierung der Allianz entgegenstellt. Nach wie vor möchte Frankreich die Regel möglichst umfassend akzeptiert sehen, daß ohne Mandat des UNO-Sicherheitsrates die NATO, außer im Falle „kollektiver Verteidigung“, nicht militärisch eingreifen solle. Anders als die übrigen NATO-Partner hat Frankreich bis heute keinen Trupenteil ständig der NATO zugewiesen und ist deshalb auch nicht an der permanenten Kommandostruktur der Allianz beteiligt. Die in Makedonien stationierte französische „Extraction Force“ gehorchte trotzdem unzweideutig dem Kommando des amerikanischen NATO-Oberbefehlshabers in Europa. Auch der 1996 unternommene Versuch der französischen Regierung, den Kommandobereich Europa-Süd einem europäischen Oberbefehlshaber zu unterstellen, scheiterte an dem Veto der USA.



Bei der Militärpolitik geht es nie ausschließlich um geostrategische Interessen, sondern auch um gigantische Geschäfte. Mehr als 250 Milliarden Dollar jährlich gibt allein die US-amerikanische Regierung für Rüstungsprodukte aus. Die Aufträge gehen fast vollständig an Firmen in Nordamerika. Der europäische Rüstungshaushalt ist zwar weitaus geringer, stellt für DASA, Thyssen, British Aerospace, Siemens, Thomson, Diehl, Alcatel und Preussag dennoch ein beträchtliches Auftragsvolumen dar. In diesem Zusammenhang spielt eine europäische Rüstungsagentur eine zentrale Rolle. Arno Neuber, Beirat der Informationsstelle Militarisierung spricht sogar vom „zweiten Standbein neben der Armee“. Die Rüstungsindustrien Deutschlands, Frankreichs und Großbritannien wollen sich die in Europa vorhandenen Rüstungskapazitäten unterordnen. Seit jeher sind Rüstungsindustrien, die in erster Linie von öffentlichen Aufträgen leben, eng mit der militärischen und politischen Führung verflochten. Eine europäische Beschaffungsbehörde wird analog zu der in den USA peinlich darauf achten, daß die Rüstungsaufträge bei den Eurokonzernen bleiben. ■

NOTO KOSOWAR 3.35

* WEU: Zehn Vollmitglieder (Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal), sechs assoziierte Mitglieder (Island, Norwegen, Türkei, Polen, Tschechische Republik, Ungarn), sieben assoziierte Partner (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien), fünf Staaten mit Beobachterstatus (Dänemark, Finnland, Irland, Österreich, Schweden).

Erfahrungen der Geschichte

Keine Festrede zu Mythen und Realitäten der schwedischen Neutralität

Die schwedische Neutralität unterscheidet sich grundlegend von der österreichischen. Gemeinsam ist beiden, daß sie im machtpolitischen Paktsystem der EU keinen Platz haben.

VON JAN MYRDAL*

Gewiß kann man eine Festrede über die Neutralität, die schwedische oder österreichische halten. Aber die Geschichte hat einen langen Schwanz. Auch die Tagespolitik wird von den weit zurückliegenden Ereignissen in der Geschichte des Volkes beeinflusst. Wir brauchen uns gar nicht dem Balkan zuzuwenden, um das zu sehen.

Der Nationalcharakter im Sinne von Natur eines Volkes im 19. Jahrhundert ist ein Mythos. Aber es gibt nationale Gesellschaftstraditionen. Zu denen gehört die schwedische volkstümliche Einschätzung der Neutralität.

Wer sich für Schweden interessiert, merkt ziemlich schnell, daß vieles im heutigen Schweden (die Verwendung von Wörtern wie Volk und volkstümlich z.B.) dadurch bedingt ist, daß wir in den Bauernkriegen siegten, in denen die Bauern der deutschen Länder verloren. Dadurch war das Volk – wir – stark genug, den Herren häufig in den ständigen Grenzkriegen zwischen Dänemark und Schweden zu widerstehen. Selbst im Großen Nordischen Siebenjährigen Krieg herrschte formeller und vertraglicher Friede zwischen den Bewohnern der Provinzen Kristiansstad und Vårend zu beiden Seiten der umstrittenen Reichsgrenze. Sie weigerten sich – „ohne uns!“ – obwohl der Adel und der König sie in den Krieg zu treiben versuchten. So etwas

war nicht üblich unten in Europa, wo die Bauern geknechtet worden waren.

Kulturell – und in unserer Staatsform – sind wir auch nicht ein Teil dessen, was Europa genannt wird. Unsere Kultur ist nicht von Rom, antik oder kirchlich, sondern nordisch (was nichts mit dem merkwürdigen Sprachgebrauch der deutschen Nationalsozialisten zu tun hat). Deshalb auch wird Schweden ständig wegen Vergehen gegen die Menschenrechte vor dem Europäischen Gerichtshof verurteilt. Nicht, weil Schweden gefoltert wurden, sondern weil unsere Staatsstruktur eine andere ist.

Anderes liegt noch tiefer. Daß wir in Schweden Verwandtschaft bilateral betrachten, sowohl agnatisch als auch cognatisch, und da es daher keine Klans oder Geschlechter im schottischen oder südeuropäischen Sinne gibt, bedeutet, daß alle in Schweden in wenigen Generationen – sie können ursprünglich Wallonen oder Juden oder Somalier gewesen sein – mit der Verwandtschaft verwandt sind. Das Schwedentum (hört sich auf deutsch sehr merkwürdig an – vielleicht „Schwede sein bedeutet ...“?) bedeutet nicht wie im deutschen Gesetz eine Eigenschaft der Blutsverwandtheit, sondern eine soziale Eigenschaft.

Die Erfahrungen der Geschichte müssen nicht klar bewußt sein, um eine politische Rolle zu spielen. Daß Deutsche – aber nicht Österreicher

oder deutschsprechende Schweizer – im Volk Schwedens unpopulär sind, wissen alle Touristen, unpopulärer in Schweden als in Dänemark, das von deutschen Truppen im Zweiten Weltkrieg besetzt war. Der Grund muß in der Regierungszeit Albrechts von Mecklenburg in Schweden von 1364 bis 1389 gesucht werden. Er brachte deutsche Raubritter nach Schweden mit, die mit dem Faustrecht zu herrschen versuchten. Das ist die grausamste Periode, die der schwedische Bauernstand erlebt hat. Daher auch schrieb der Bauernstand in seine Eingabe vom 29. Februar 1720, daß er die Thronfolge von Prinzgemahl Friedrich von Hessen-Kassel nur anerkennen würde, wenn keine deutschen Herren ihn begleiteten. Wer verstehen will, warum der Widerstand gegen die EU in Schweden so tief und so emotional sein kann, trotz der offiziellen und tosenden EU-Propaganda von Seiten der Regierung und der loyalen Opposition, muß an Albrecht von Mecklenburg denken!

Im schlampigen Sprachgebrauch heißt es manchmal, daß Schweden wie die Schweiz, der Vatikanstaat und Österreich zu den neutralen Staaten in Europa gehöre. Aber die schweizerische Neutralität gründet sich auf den Vertrag von Wien vom 20. März 1815, und die Schweiz ist immer noch vertragsmäßig ein neutraler Staat ebenso wie der Vatikanstaat laut Vertrag von 1929. Öster-

*) Jan Myrdal ist schwedischer Friedensaktivist

reich war vertragsmäßig neutral seit dem Staatsvertrag vom 15. Mai 1955, der am 26. Oktober 1955 als erster Artikel im Grundgesetz bestätigt wurde. Es war also permanent neutral. (Belgien war auf ähnliche Weise permanent neutral in den Verträgen von 1831 und 1839.) Die schwedische Neutralität war niemals permanent oder garantiert.

Jetzt sind weder Schweden noch Österreich länger formell neutral. Als Mitglieder der EU sind sie Teil – unabhängig davon, daß ihre Politiker in dieser Frage etwas dunkel reden – eines machtpolitischen Paktsystems, das ihnen nur eine begrenzte außenpolitische Bewegungsfreiheit gibt.

Damit kommen wir zu dem, was die schwedische Neutralität genannt wird. Der Ausdruck, dessen sich das schwedische Außenministerium und die schwedischen Politiker zu bedienen pflegten, wenn sie die schwedische Politik erklären, heißt: Allianzfreiheit im Frieden, die auf Neutralität im Krieg abzielt. Das ist etwas verschwommen und es gibt Gründe, sich genauer anzuschauen, was das bedeutet.

Seit der Reichsgründung im frühen Mittelalter hat sich Schweden in einem geopolitischen Spannungsfeld zwischen der Ostmacht, der Kontinentalmacht und der Westmacht befunden. Die wechselten ihre Bezeichnung. Der Westen konnte in den vergangenen Jahrhunderten die Niederlande, England oder die Vereinigten Staaten sein. Die Kontinentalmacht Frankreich oder Deutschland. Die Ostmacht war jedoch ständig russisch; mal stärker, mal schwächer.

Die Versuche des schwe-

dischen – wenig zahlreichen – Hochadels, an dem großen Spiel teilzunehmen, führten Schweden in eine Serie von Kriegen, die allmählich für das Volk und das Reich (das faktisch ein Kleinstaat war) immer unglücklicher verliefen bis hin zur schließlichen Katastrophe, als das Reich gespalten wurde und die östliche Reichshälfte zum Großfürstentum Finnland im russischen Kaiserreich wurde.

Es war der zynische ehemalige Revolutionär und geschickte Realpolitiker Bernadotte, der als Carl XIV Johan von Schweden (und Norwegen) mit der Politik von 1812 den Chauvinismus des Adels beendete und den Kurs änderte. Schweden wurde ein eher kleinbürgerlicher Staat, der vorsichtig und nur auf eigene Rechnung zwischen den Interessen der Mächte kreuzte.

Die Krise zwischen England und Rußland zum Jahreswechsel 1833/34 schien zum Krieg führen zu können. Am 4. Januar gab daher Carl Johan die Neutralitätserklärung ab, die bis in unsere Zeit von Bedeutung war. Sie war mehr eine praktische Erklärung der Allianzfreiheit als der Neutralität von schweizerischem (oder belgischem) Zuschnitt, und außerdem ließ Carl Johan das realpolitische Interesse, England gewisse Vorteile einzuräumen, schwerer wiegen als seine eigene prinzipielle Russenfreundlichkeit.

Dieses vorsichtige Lavieren prägte die Neutralitätspolitik. Im Krimkrieg blieb Schweden neutral, trotz des Monarchen Interesses, das Land in den Krieg gegen Rußland zu ziehen; im preußischen Krieg von 1864 gegen Dänemark war der Skandinavismus die offiziell-



NOTO KOSOWAR 3.28

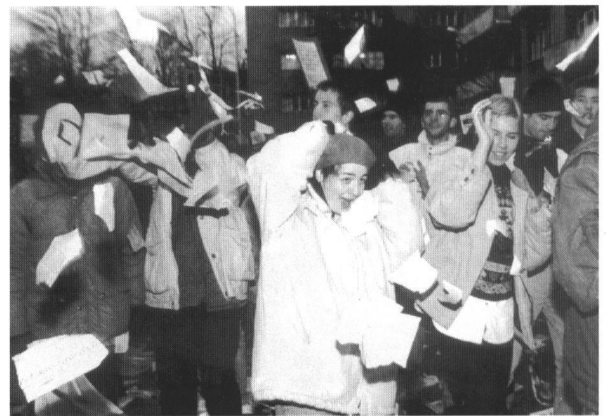


Foto: Reuters

le Ideologie, aber in der Thronrede hieß es, daß das Reich nicht gedächte „sein Schwert in die Waagschale zu legen“, und im Krieg von 1870 erklärte sich Schweden neutral trotz des Wunsches von Carl XV, auf französischer Seite einzugreifen. Nach Preußens Sieg wurde die Neutralität aus machtpolitischen Gründen deutschfreundlich, und Kaiser Wilhelm konnte an den schwedischen König schreiben, daß man nun gemeinsam danach streben sollte, die „Bande fester zu knüpfen, die uns vereinen“.

Vor dem lange vorausgesehenen Ausbruch des Ersten Weltkrieges versuchten insbesondere liberale Politiker, mit dem Lavieren zu brechen und Schwedens Neutralität permanent und garantiert zu machen. Das wurde jedoch vom Reichstag immer wieder



NOTO KOSOWAR 3.29



Foto: Miloš Bičanski, Blic

abgelehnt (1893, 1894, 1899, 1902, 1912).

Die Außenministerien in Wien und Berlin rechneten 1914 mit einer schwedischen Teilnahme. Die höheren Klassen und das Königshaus waren prinzipiell deutschfreundlich. Aber auch wenn, so war es an die Tradition und einem starken volkstümlichen Friedenswillen gebunden. Dem deutschen Gesandten in Stockholm, Reichenau, erklärte Gustaf V. bei einem Mittagessen am 26. Juli 1914, daß er wolle, daß Kaiser Wilhelm wisse, daß Schweden unter keinen Umständen auf seiten der Feinde Deutschlands stehen würde. Mehr konnte er nicht auf sich nehmen. Aber er fügte auch hinzu: Ob Schweden zum Angriff auf Rußland schreiten würde, hinge von der Entwicklung der Ereignisse und dem psy-

chologischen Augenblick ab. Weder in Berlin noch in Wien konnte man dies richtig deuten. Man glaubte, daß man nach diesen Worten auf Schweden rechnen könne. Als die schwedische Regierung am 3. August 1914 erklärte, daß Schweden vollständige Neutralität „in diesem Krieg“ einhalten würde, wurde das in Berlin als eine Formalität aufgefaßt.

Anfangs war Schweden auch auf eine vorsichtige Weise beinahe eine nicht-kriegsführende Macht auf seiten der Zentralmächte. So war es z. B. das schwedische Außenministerium, das die chiffrierten Telegramme des Auswärtigen Amtes zu den deutschen Botschaften, wie etwa in Washington, beförderte. Aber bereits nach dem „Wunder an der Marne“ im Herbst 1914, als es der französischen Armee gelang, Paris zu schützen, und die schwedische Militärleitung einsah, daß es weniger selbstverständlich wäre, daß die Zentralmächte siegen würden, wurde die Neutralitätspolitik geändert und Schweden wurde Schritt für Schritt immer mehr neutral.

Der Ablauf vor und während des Zweiten Weltkrieges war ähnlich. Nachdem die schwedische Regierung in den zwanziger Jahren stark an die Politik der Vereinten Nationen gebunden gewesen war, zog auch sie nach dem Abessinienkrieg den Schluß, daß der Paragraph 16 der Vereinten Nationen obsolet wäre und daß Schweden nicht an die kollektive Sicherheit gebunden wäre. Gegen Ende der dreißiger Jahre wurde die Umrüstung immer offensichtlicher. Auf die Westmächte war kein Verlaß, und Großbritannien hatte

wieder – genau wie damals, als wir im 18. Jahrhundert seine Alliierten waren – das Ostseegebiet seinem Schicksal überlassen, und es galt, sich selbst um sein Haus zu kümmern. Schweden trug also zur Münchener Politik bei, indem es international gegen die sowjetischen Versuche agierte, zwischen der Sowjetunion und den Westmächten eine Allianz herzustellen. Der schwedische Außenminister Sandler appellierte am 30. Juli 1939 an die Westmächte, den sowjetischen Verhandlungseinladungen nicht nachzugeben. Man kann sagen, daß die Politik der schwedischen Regierung dazu beitrug, daß Stalin den Schluß zog, die kollektive Sicherheit sei mausetot und daß er um jeden Preis Zeit kaufen müsse und daher den Nichtangriffspakt – und das Abkommen über Einflusssphären – mit Deutschland schloß.

Bei Kriegsausbruch gab Schweden am 1. September und am 3. September eine Neutralitätserklärung ab. Aber Sandler, der die Konsequenzen seiner Politik nicht vorausgesehen hatte – die davon ausgegangen war, daß die Sowjetunion und Deutschland sich im Ostseegebiet die Waage halten würden – hatte bereits im Frühjahr 1939 eine schwedisch-finnische militärische Zusammenarbeit eingeleitet und Schweden verpflichtet – trotz der sowjetischen Proteste – die Ålandinseln zu besetzen.

Beim finnisch-sowjetischen Kriegsausbruch versuchte er, ein aktiveres schwedisches Eingreifen auf Finnlands Seite zustande zu bringen. Da seine Politik auf diese Weise Schwedens na-

tionalen Interessen zu schaden drohte, wurde er abgesetzt. Zwar war in den oberen Schichten, dem Militär und allen führenden Zeitungen der Kriegswille stark und Schweden schickte viel Hilfe nach Finnland und wurde in der Realität eine „nicht-kriegsführende“ Macht auf Finnlands Seite, aber Ministerpräsident Per Albin Hansson war Kriegsgegner und er hatte „das Ohr dicht am Boden“ – d.h. er kannte den Volkswillen – und die Staatsführung ließ durch den König im Staatsrat erklären, daß Schweden „mit Kummer im Herzen“ von Anfang an Finnland erklärt habe, daß man „nicht auf eine militärische Intervention von Schwedens Seite rechnen könne“.

Per Albin Hansson und der neue Außenminister Günther bemühten sich dann um Frieden zwischen der Sowjetunion und Finnland. Gewisse schwedische Militärs waren über diese – feige, wie sie sagten – Neutralitätspolitik empört und sprachen von der Notwendigkeit eines Staatscoups, aber der wurde von Per Albin Hansson – mit Unterstützung des Königs – vereitelt.

Unter dem Druck der großen deutschen Siege, der Besetzung Dänemarks und Norwegens, Hollands, Belgiens und Frankreichs sowie des Balkan wick Schweden in Übereinstimmung mit seiner Tradition immer mehr von einer strikten Neutralität ab. Beim deutschen Angriff auf die Sowjetunion begann Schwedens Politik teilweise den Charakter einer nicht-kriegsführenden Macht anzunehmen. Aber die Diskussion – angesichts der deutschen Truppentransporte durch schwedisches

Territorium – drehten sich in der Regierung und dem Reichstag darum, inwieweit das Land nachgeben müsse, um nicht in den Krieg hineingezogen zu werden. Der schwedische Oberbefehlshaber General Thörnell wollte zusammen mit anderen hohen Militärs im Sommer 1941, daß Schweden am Kreuzzug gegen die Sowjetunion teilnehmen sollte. Die Staatsführung – Per Albin Hansson – griff unmittelbar dagegen ein und die Generale beugten sich. Sie gehorchten den Befehlen.

Nur sehr begrenzte Kreise waren prinzipiell Hitlerfreundlich. Selbst die äußerste schwedische nationale Rechte, die während der ganzen dreißiger Jahre mit Hitler und Mussolini und Franco sympathisiert hatte, hatte nämlich im Frühjahr 1939 beim Einmarsch in Prag und Tirana erklärt, daß Hitler und Mussolini gegen die Idee des Nationalismus verstoßen hätten und eine Bedrohung für Schweden als Nation darstellten.

Aber vom Herbst 1940 bis zum Herbst 1941 wurde eine Debatte darüber geführt, wie Schweden in einem „neugeordneten Europa“ nach einem damals glaubhaften Sieg Deutschlands überleben könnte. Es muß betont werden, daß diese Diskussion angemessen und unvermeidbar war. Aber im Dezember 1941, als die deutsche Offensive vor Moskau zusammengebrochen und die Rote Armee zum erfolgreichen Gegenangriff übergegangen war, zog die schwedische Staatsführung dieselben Schlüsse wie nach der Schlacht an der Marne 1914. Deutschlands Sieg war weniger wahrscheinlich.



Foto: Miloš Bičanski, Blic



Danach – und in dem Maße, wie die schwedische militärische Bereitschaft derart gestärkt wurde, daß es durchaus angemessen war zu sagen, daß ein deutscher Angriff für den Angreifer teurer als lohnend sein würde – wurde die schwedische Neutralität Schritt für Schritt immer neutraler. In den deutschen Propagandasendungen von Radio Königsberg hieß es daher, daß die Schweden Schweine im Smoking wären, die sich weigerten, ihre Pflicht in der Schicksalsstunde der europäischen Gemeinschaft zu tun. In der Schlußphase des Krieges trat dann Schweden als „nicht-kriegsführende“ Macht auf Norwegens und Dänemarks Seite gegen Deutschland auf.

Im Kalten Krieg war die schwedische Außenpolitik – wie vom Reichstag mit der überwältigenden Unterstüt-

NOTO KOSOWAR 4.18



Foto: Miloš Bičanski, Blic



Foto: Ivan Milutinović, Reuters

zung des Volkes festgelegt und von der Regierung formuliert – Allianzfreiheit im Frieden, die auf Neutralität im Krieg abzielt. So wie früher konnte sie in der Praxis mal mehr nach der einen oder der anderen Seite schwanken, entsprechend den herrschenden Kräfteverhältnissen. Sie war nicht doppelt. Es gab nur eine Außenpolitik. Aber im Unterschied zur Situation während des Zweiten Weltkrieges, als der Ministerpräsident dem Oberbefehlshaber befohlen hatte, der festgelegten Politik zu folgen, zeigte die höchste Staatsführung Schwäche.

Gewisse hohe Militärs und gewisse Politiker leiteten entgegen der festgelegten Politik auf eigene Faust eine militärische Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten ein. Eine solche, die nicht nur im Austausch von Informa-

tionen bestand, sondern darin, daß Offiziere aus den Vereinigten Staaten in den zentralsten und geheimsten Kommandostellen platziert wurden, daß schwedische Militärs Diversionisten auf sowjetischem Territorium absetzten, daß schwedische Flugzeuge auf Rechnung der Vereinigten Staaten Spionageaufträge über sowjetischem Territorium durchführten, daß der schwedische Geheimdienst für den amerikanischen Geheimdienst in und um die Sowjetunion arbeitete. Und so weiter.

Die Sowjetunion wußte davon nicht nur durch ihre Spione in der schwedischen Militärleitung – sie zeigte auch in ihren Handlungen, daß sie sich bewußt war, was vor sich ging – sondern sie nahm auch Diversionisten gefangen und „drehte“ sie um, machte sie zu Doppelagenten und sie schoß auch schwedische Flugzeuge mit Spionageaufträgen ab.

Das Gefährliche in dieser Situation war, daß die schwedische höchste Staatsführung sich in jener Zeit als schwach erwies; sie hatte die Vorsichtigkeit Bernadottes vergessen, sie vermochte nicht einzugreifen und ihre Außenpolitik wirklich neutral zu machen, und sie gab damit Rußland, das siebenhundert Jahre lang Schweden mit Mißtrauen angesehen hatte, den casus belli – formeller Grund, militärische Gegenmaßnahmen zu ergreifen, entsprechend der Statuten der Vereinten Nationen, wie es die Vereinigten Staaten in entsprechenden Situationen taten und tun – hätte die Führung der Sowjetunion beschlossen, daß ein solches militärisches Eingreifen ihren langfristigen Interessen gedient hätte.

Nach dem Sieg der Vereinigten Staaten über die Sowjetunion im Kalten Krieg und die Übernahme ihrer alten Rolle als die mächtigste und führende Zentralmacht in Europa durch die Bundesrepublik Deutschland wird die schwedische Politik von einer gewissen Verwirrung geprägt. Viele führenden Politiker treten auf, als gelte die Politik Bernadottes nicht mehr. Was schlimmer ist, sie glauben, daß Rußlands offensichtliche Schwäche und Verwirrung ein bleibender Zustand sei.

Aber so wie die Politiker, die 1945 sagten, daß Deutschland sich nie mehr erheben könne, Unrecht hatten, so haben die Politiker Unrecht, die nicht einsehen, daß Rußland innerhalb einer historisch kurzen Zeit wieder hinreichend mächtig sein wird (in welcher Staatsform, ist unmöglich vorauszu sehen) und daß es für Schweden lebenswichtig ist, die drei Machtsphären – Osten, Süden, Westen – auszubalancieren, heute wie auch gestern.

Ich kann nichts anderes sehen, als daß unsere Teilnahme an der EU ein Fehler ist. Wir sind weder kulturell noch politisch ein Teil von diesem Europa. Wir standen außerhalb, seit Karls des Großen Europa und Napoleons Kontinentalsystem bis zu den Versuchen des Ersten und Zweiten Weltkrieges, ein Neuropa zu schaffen. Das waren mehr als nur verschiedene politische Beschlüsse; das ist eine Lebenseinstellung, die unseren grundlegendsten nationalen Existenzbedürfnissen entspricht.

Aber das laut zu sagen, dazu bringt man jetzt nicht einen einzigen schwedischen Politiker!

Noch nicht!

Menschenrechte und Rassismus in der Globalisierung

Trotz der theoretischen Entwicklung der Menschenrechtsauffassung ist festzustellen, daß jenseits von Land, Kultur und Zeitraum immer noch Verletzungen der Menschenrechte, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ausgeübt werden, sodaß wir geneigt sind zu behaupten, daß das Phänomen eine selbsttragende Dynamik in der menschlichen Natur hätte. Ob Menschen durch Giftspritze oder auf dem elektrischen Stuhl sterben müssen wie in den USA, ob sie unter institutionalisiertem Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, ob sie unter Anschlägen, etwa gegen Minderheiten, und der Schaffung von Illegalität leiden müssen wie in Europa oder ob durch Mißachtung der Menschenwürde ihr Leben oft auf dem Spiel steht wie in Asien und Afrika et cetera. Obgleich ein Unterschied in Ausmaß und Qualität besteht, zählt all dies nicht nur zur Problemkategorie der Widersprüche des Nationalstaats unserer Zeit, sondern ist gleichzeitig eine Herausforderung an die zivilen Gesellschaften, sich gegen diese vom Staat selbst gezüchteten Ungereimtheiten solidarisch zu wehren.

Die Frage, die wir uns in diesem Rahmen stellen, ist nicht nur die der faktischen, selbsttragenden Dynamik von Rassismus, Menschenrechtsverletzungen und der Schaffung der Illegalität durch den

Staat, sondern welches die Mechanismen aus Staat und Gesellschaft sind, die diese Situation fördern, nähren und von Generation zu Generation weitertragen und legitimieren. Weiters stellen wir uns die Frage, was auf der Ebene von Staat und Gesellschaft getan werden kann, damit man den Prozeß dieser Eigendynamik der Menschenrechtsverletzungen, der Fremdenfeindlichkeit, des Rassismus und der Schaffung der sogenannten „Illegalen“ in den Griff bekommt, das heißt eine qualitativ höhere Stufe des Bewußtseins als gegenwärtig erreicht wird, um einen Gleichgewichtszustand in den zwischenstaatlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zu schaffen.

So gesehen sind die drei folgenden Faktoren aufgrund ihrer Bezogenheit aufeinander von entscheidender Bedeutung. Sie fungieren insgesamt als Kraft und Quelle für Menschenrechtsverletzungen, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, die Schaffung der sogenannten „Illegalen“ et cetera.

1. Faktor: Erfindungsgeist

Der Mensch hat sich in seinen Ursprüngen selbst zum Menschen gemacht, indem er Werkzeuge erfunden und sie im Arbeitsprozeß eingesetzt hat, wo er zu weiteren Erfindungen angeregt wurde. Die Erfindung von Werkzeugen hat ganz wesentlich zur Evolution des

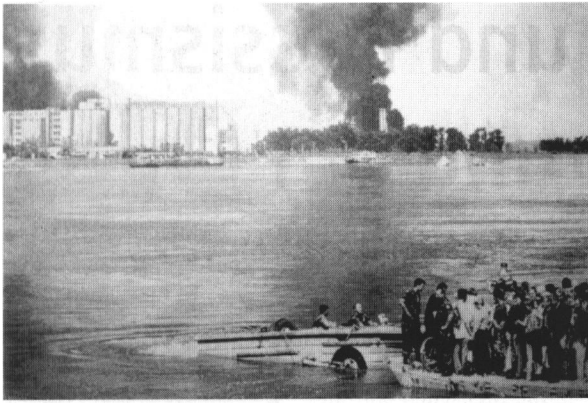
Menschen beigetragen. In vorgeschichtlicher Zeit haben die Menschen jahrtausendlang in einer Art Horden gelebt, wo es weder soziale Klassen noch privates Eigentum an Land oder Personen gegeben hat. Sklaverei war deshalb unbekannt, weil die Produktionsleistung eines Sklaven so gering war, daß sich sein Besitz nicht gelohnt hätte. Erst mit zunehmender Produktivität der Arbeit wurde die Sklaverei gewinnbringend. Von dieser Zeit an rentierte es sich für einen Teil der Menschheit, Land als Eigentum zu beanspruchen und von anderen für die Möglichkeit der Bewirtschaftung Abgaben zu verlangen. Wir sehen, daß die Institution des Eigentums, der Sklaverei demnach nicht in der menschlichen Natur wurzelt, sondern als Produkt einer früheren Entwicklung entstand. Da die technische und technologische Entwicklung von der Muskelkraft zu maschineller Kraft und vom Handwerk zur Fabrikation fortgeschritten ist, wurde nicht nur das Kapital wichtiger als das Land, von dem die Produktion ausging. Die zunehmende Bedeutung des Kapitals gegebenüber dem Land zog andere Problembereiche nach sich, die für unsere Thematik von Relevanz sind: Das Problem der hierarchischen Werteskala bzw. des Identitätsbezugs sowie das Phänomen des



Zur Konstruktion der „Illegalität“

VON BUKASA DI TUTU*

*) Bukasa Di Tutu ist Leiter des Internationalen Zentrums für afrikanische Perspektiven sowie Minderheiten- und Wissenschaftssprecher von "Die Buntten".



NOTO KOSOWAR 4.15

„Dezimierungsdranges der gegebenen Population“,¹ je nach Kultur, Rasse, Religion et cetera. Hier stimmt es, wenn man sagt: „Der Rassismus ist in Wirklichkeit diejenige Haltung, die die intellektuellen oder moralischen Merkmale einer bestimmten Gruppe als direkte Folge ihrer physischen oder biologischen Merkmale ansieht. ... Da die bezeichneten Unterschiede zwischen Menschen kultureller und nicht biologischer Natur sind, läßt sich sagen, daß in Wirklichkeit der Rassismus die Rasse erschafft.“²

Im Gegensatz dazu besagt der Ethnozentrismus, daß sich jemand (ein Angehöriger einer bestimmten ethnischen Gruppe) für besser hält als die anderen. Ethnozentrismus ist in allen Gesellschaften vorhanden. Man spricht hier von einer Haltung, die im Unbewußten des Menschen verankert und von einem gewissen Mißtrauen gegenüber dem anderen gekennzeichnet ist. Im allgemeinen handelt es sich jedoch nicht um eine aggressive Haltung, die zu einer Verfolgung des anderen führt. Ethnozentrismus wird jedoch dann zum Rassismus, wenn neben den objektiven kulturellen Unterschieden ein biologischer Unterschied zwischen den Menschen konstatiert wird.³

Abgesehen von scheinbaren Unterschieden zwischen beiden Auffassungen stellen wir fest, daß die angeführten intellektuellen oder moralischen Merkmale einer bestimmten Menschengruppe oder, wie beim Ethnozentrismus, die genannten objektiven kulturellen Unterschiede sich gegenseitig ergänzende Grenzbereiche der kreativen Leistung sind, die Relevanz für die These des menschlichen Erfindungsgeistes als Faktor für den Rassismusdiskurs haben.

2. Faktor: Wirtschaft und Staatstransformation

Wenn wir in der Geschichte zurückblicken, stellen wir fest, daß der Kapitalismus als Wirtschaftssystem im Grunde genommen den Feudalismus als vorherrschendes soziales und wirtschaftliches System abgelöst hat. Die lokalen Märkte wurden zu nationalen und die lokalen Dialekte zu standardisierten Nationalsprachen. Konstitutionelle Regierungen, die das Privateigentum und den Wettbewerb schützen, verdrängten die Monarchien des Feudalismus und des Absolutismus. An die Stelle des Adels trat eine national gesinnte Bourgeoisie als führende Klasse in Gesellschaft, Politik und Kultur. Der Kapitalismus verdrängte somit den Feudalismus und errichtete auf diese Weise die modernen Nationalstaaten. Jetzt befinden wir uns in einem Prozeß der Umwälzung vom *nationalen* zu einer Welt des *globalen Kapitalismus*. Das ist eine Phase der sogenannten neoliberalen Wirtschaft. Sie trägt dazu bei, daß durch ihre Sachzwänge die Architektur des Nationalstaates von der Supranationalitätsstruktur abgelöst wird.

Wir sehen, daß eine Wechselwirkung zwischen dem technischen und technologischen Fortschritt, der neoliberalen Wirtschaft und dem Prozeß der Bildung einer regionalen Integrationsstruktur, etwa der EU, besteht.

3. Faktor: Geschwindigkeit des Fortschritts

Dieser Faktor entsteht einerseits aus der partikularen Geschwindigkeit jedes einzelnen Faktors (Erfindungsgeist, Wirtschaft und Staatstransformation) und andererseits aus ihrer Wechselwirkung sowie der damit verbundenen Notwendigkeit, eine Balance zwischen ihnen zu halten.

Gesellschaftliche Konsequenzen

Die Interferenz zwischen diesen drei Faktoren, welche in unserer Zeit im Dienste des Triumphes des Kapitalismus über das Dogma des Kommunismus stehen, führt zur Relevanz der Unterscheidung der Arbeitskraft je nach ökonomischen und sozialen Interessen, etwa zwischen Inländern und Ausländern, insbesondere den sogenannten „Illegalen“. Paradoxe Weise hat der Kapitalismus bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Weltsystems gewartet, um sich der Früchte dessen Weltbildes zu bedienen. Die Marxisten haben versucht, den Markt durch Politik zu ersetzen, durch Beschlüsse des Politbüros und deren Ausführung durch einen Parteiapparat. Umgekehrt versucht der Neoliberalismus die Politik durch den Markt zu ersetzen. Wo Marx im Kontext des Internationalismus pointierte, daß die Arbeiter kein Vaterland haben, daß die Interessen der Arbeiter aller

1 Der Dezimierungsdrang ist hier im Sinne des gesellschaftlichen Unterschieds zu verstehen, der innerhalb der gegebenen Population gemacht wird, um die Kontinuität des vorhandenen Systems im Anspruch auf Dynamik zu rechtfertigen.

2 Léon Poliakov u.a., *Rassismus. Über Fremdenfeindlichkeit und Rassenwahn*. Hamburg/Zürich 1992.

3 Siehe Léon Poliakov u.a., *Rassismus. Über Fremdenfeindlichkeit und Rassenwahn*. Hamburg/Zürich 1992.

Länder gleich sind, setzt der neoliberale Ansatz die *uningeschränkte Freiheit* des Marktes und Kapitals über den gesamten Globus entgegen.

Während das Kapital virtuell aus dem Schoß und mittels des Neoliberalismus uningeschränkt – auch in den sogenannten *Billiglohnländern* – tätig ist, werden die Menschen, vor allem jene, die aus diesen Ländern stammen, mit archaischen und obsoleten Begriffen aus der Praxis des *nationalen Ethnozentrismus* wie „Illegale“, Ausländer, et cetera – je nach Bildungsgrad – bombardiert, konfrontiert bzw. schikaniert.

Ausgehend davon, daß die Politik ein wertendes Streiten über erkennbare Alternativen ist, ist puncto Internationalisierung der Interessen des Rechtssubjekts über den gesamten Globus die eigentliche, grundsätzliche Frage nicht die der ideologischen Rechtszuweisung, wer über wen zwischen dem neoliberalen globalen Kapitalismus und dem Weltbild von Marx triumphiert hat. Wichtig ist vielmehr die Feststellung des Agierens von Kapital im Geist des Neoliberalismus und der davon abzuleitenden Konsequenzen für den sozialen Frieden, nämlich die „Vollkaskomentalität“: von allen zu kassieren, ohne dabei Schaden zu erleiden.

Die Interferenz zwischen dem Agieren des globalen Kapitalismus und der Staatstransformation durch die graduelle Ablösung des absoluten, souveränen Nationalstaats von einer Supranationalitätsstruktur – zunächst als reales Macht- und Marktgebiet für die Mitgliedsstaaten und dann als Instrument ihrer Globalisierung –,

macht den ganzen Globus mehr oder weniger zu einem Vaterland. Gleichzeitig schiebt dieser Prozeß aber unverändert, jedoch in erschwerter Form einen Keil zwischen freie Menschen, also zwischen Inländer und sogenannte „Illegale“. Die Bewegungsfreiheit dieser Menschen und ihre damit verbundenen Entfaltungschancen, vor allem der sogenannten „Illegalen“, werden in Folge dessen aus rassistischen Gründen oder durch eine diskriminierende Vorgangsweise drastisch erschwert. Dies ist kongruent mit der Auffassung, wonach „die Ursachen für Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz weder in einer unzureichenden Assimilierbarkeit von ImmigrantInnen aufgrund angeblicher kultureller Unvereinbarkeit von fremden Kulturen, in mangelnder Integrationsfähigkeit, noch in einer Bedrohung der eigenen Identität durch Multikulturalismus liegen. Mit der Verschärfung sozialer Konflikte sind oft der Zerfall gesellschaftlicher Einheiten, wie der Familie, und der Verfall bisher gültiger Orientierungen, Ideale und Werte verbunden. Verbunden auch mit den Ängsten ganzer Gruppen vor dem Verlust der sozialen Stellung und Identität und der Sorge, die „Verlierer von morgen“ zu sein. Die „Fremden“ dienen als „Sündenböcke“ für ungelöste Probleme, politische und ökonomische Krisen und kulturelle Umbrüche. Hinzu kommen politische Maßnahmen, die Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit sind. Zu ihnen zählen u.a. eine Politik, die Einwanderung erschwert; ein staatlich verfolgter, oft gesetzlich sank-



Foto: Draško Gagović, Vreme

tionierter Ausgrenzungskurs anstelle einer humanen Integrationspolitik; die politische Negierung der Wechselwirkung von Integration und Wahrung der kulturellen Identität.“⁴

Weiters stellen wir fest, daß, wo einmal die neoliberale Dogmatik die Köpfe beherrscht, uns unentwegt versichert wird, daß es zur De-regulierung, Privatisierung, Entsolidarisierung und Ausgrenzung keine Alternative gebe. Denkwänge treten im Gewand von Sachzwängen auf. Hierzu Douglas Lummis, der schreibt: „Politics is the activity by which humans choose and built their collective life together. The ideology of technological determinism, which pretends that this choice is not a choice, is antipolitical and antidemocratic ... A politics that places outside its sphere of concern the really important choices – the choices that most powerfully affect people's life ..., is illusory politics, no politics at all.“⁵ Dies zeigt, daß Politik als Verbindung von „politics und policy“ gemeint ist. Der Neoliberalismus ist demzufolge eine „ideology of determinism“, welche den Menschen einredet, daß alles, was für sie wichtig sei, außerhalb ihrer Entscheidungsmöglichkeiten liege.

4 aus Vorarlberger papers zur Fremdenfeindlichkeit.

5 C.Douglas Lummis, *Radical Democracy*. London 1996, S.90 f.



NOTO KOSOWAR 4.14

Wie wir wissen, sind die Beziehungen zwischen Staaten grundsätzlich aus rein wirtschaftlichen und finanziellen Interessen, die sich gegenseitig verschlingen, begründet. Sie sind aber auch auf Menschen bezogen im Wege der Konventionen, die die Staatengemeinschaft selbst zum Schutz der Individuen implementiert hat. Es handelt sich um Konventionen, die gleichzeitig die Beziehungen der Staaten zueinander regeln. So gesehen sollte die Staatengemeinschaft hinsichtlich ihres ungeheuren völkerrechtlichen Machtmopolis dem Einzelnen gegenüber nicht nur als Garant für dessen Schutz und Sicherheit fungieren, sondern auch aus Sicht der Zivilgesellschaft als „Vereinsgebilde“ betrachtet werden, das seiner Aufgabe des Schutzes und der Sicherheit durch die Konventionen nachzukommen bzw. das seine Beziehungen untereinander so zu harmonisieren hat, daß die Rechte der Individuen gewährleistet sind.

Aus dem Versagen der Staatengemeinschaft, für diese völkerrechtlichen Konventionen auf der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Ebene eine angemessene Antwort zu finden, ergeben sich folgende Konsequenzen:

- Immigranten, sogenannte „Illegale“ et cetera werden entweder durch die Krise ihres jeweiligen Staates durch Nichteinhaltung der gesellschaftlichen Balance oder durch die Krise, die aus der Beziehung zwischen zwei oder mehreren Staaten entsteht, gezüchtet.
- Die meisten Asylwerber, Immigranten oder sogenannten „Illegalen“ sind eine Auswirkung der geänderten, früher näheren Beziehungen, z.B. zwischen Afrika und Europa, infolge der Integrations-sachzwänge der EU, die aus dem Globalisierungsdruck des Neoliberalismus entstanden sind. Am Ende des Tunnels bleibt aber nur ein Opfer der staatlichen Widersprüche, der sogenannte „Illegale“. Nach seiner Meinung, ob er a priori illegal sein möchte, wird nicht gefragt. Seine neue völkerrechtliche Nationale bzw. Identität heißt der oder die „Illegale“.

In diesem Kontext wird vorausgeschickt, daß jedes Land für sich unzählige verschiedene Formen der Minderheiten hat, deren Interessen zwecks Integration würdig zu verwalten sind als unabdingbare Pflicht seiner Rechtsstaatlichkeit und seines Demokratiediskurses. Die Minderheitengruppen seien wie oben erwähnt unzählig. Sie nach derselben negativen Werteskala wie bisher zu ordnen, von Ausländern, zu „Illegalen“ et cetera, bedeutet, einen Keil zwischen sie und die Inländer im Sinne von prädestinierten Guten und Bösen zu treiben. Aufgrund der Perspektivenlosigkeit aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen muß um des sozialen Friedens Willen und

um gesellschaftlich eine Balance zu finden paradoxerweise ein Bruch zwischen freien Menschen geschaffen werden, damit die Politik von den klassischen Widersprüchen zwischen Gut und Böse leben kann. Man kann dies als einen „Recyclingversuch“ auch im globalen Zeitalter betrachten, Relikte, das heißt klassische Nationalitätenwidersprüche begrifflich und inhaltlich inkonsequent in die neue Ära überführen zu wollen. Anders ausgedrückt: Man versucht dadurch, bezüglich der Minderheitenproblematik das Einverständnis der Bürger für die Verewigung der Widersprüche zwischen Bürgerrechten und Menschenrechten und den damit verbundenen Streit der Loyalitätswidmung einzuholen. Gemeint ist die scheinbare Unverträglichkeit zweier grundsätzlicher Auffassungen. Die eine beruht auf dem besonderen Schutz der Minderheiten mit gleicher Staatsbürgerschaft, und die andere macht durch die Staatsbürgerschaft a priori keinen Unterschied zwischen den Bürgern. Letztere stellt somit das Gleichheitsprinzip in den Vordergrund: kein Staatsbürger genießt dem anderen gegenüber eine Extrastellung. Im Hintergrund desavouiert man mit dieser Auffassung theoretisch die Folge der sozialdarwinistischen Auffassung, etwa die gegebene Population relativ zu Kultur, Religion, Sprache, rassischen Eigenschaften zu dezimieren.

Obwohl theoretisch beide Modelle unterschiedliche Projektionen des gesellschaftlichen Vertrags prägen, leben sie aber praktisch via neoliberaler Wirtschaft von der Hochkonjunktur des Sozialdarwinismus:

- Wirtschaftlich und technologisch handelt es sich z.B. um die Gigantomanie der multinationalen Konzerne. Sie entscheiden nicht nur über das Produkt, sondern auch über die Marktbedingungen, Geschwindigkeit und Richtung der Produktivität, wobei die Klein- und Mittelbetriebe um ihre Existenz bangen müssen.
- Die Auswirkung im sozialen Kontext ist nicht nur die Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches Problem des gestörten sozialen Friedens, sondern erstreckt sich auch auf das Rechts- und gesamte soziale System, sodaß die Population der Ausländer, der geschaffenen sogenannten „Illegalen“ et cetera von der der Inländer rassistisch und fremdenfeindlich auf verschiedene Art terrorisiert wird. Die Dezimierung der gegebenen Population durch eine institutionalisierte rassistische und fremdenfeindliche Praxis ist hier im Sinne der Selektion des schlechten Geschmacks zu verstehen.

Alternativen

Ausgehend von dem Ist-Zustand, sind m.E. die Konsequenzen so, daß sich die politischen und gesellschaftlichen Widersprüche in der angebahnten Richtung weiter vertiefen: Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zählen bereits zu den wichtigsten politischen Größen des Landes als eine auf die Wählerschaft konvertierbare harte politische Währung, um kurz oder langfristig Sympathien zu buchen. Wer politisch überleben will, muß Rassismus und Fremdenfeindlich-

keit je nach Strategie in sein politisches Kalkül ziehen. Opfer dieser politischen und gesellschaftlichen Dekadenz und am schlimmsten betroffen ist nach wie vor die Population der geschaffenen sogenannten „Illegalen“. Ein scharfes Fremdengesetz sowie die Schaffung größerer Schubhaftlager sind ein glatter Mangel an echten Alternativen, die lediglich eine Flucht nach vorne bedeuten.

Wenn wir als gesellschaftliches Projekt die Demokratisierung der Lebensverhältnisse, die Nicht-Diskriminierung von Minderheiten, die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern und eine gerechte Ressourcenverteilung wünschen, dann setzt dies eine konstruktive Streitkultur voraus, die soziale Ursachen und Defizite sowie Gewaltstrukturen nicht aufhebt, aber klärt, um Menschen zur Erziehung zum Frieden zu sensibilisieren.

Eine solche weltanschauliche Streitkultur bedingt, daß im Keim der Gesellschaft eine andere Erziehungskultur zur Entfaltung des Individuums eingepflanzt wird, das heißt eine andere Art der Schule. Statt eines Weltbildes, das nur zwischen Gut und Böse operiert, wie es letztlich in der christlichen Weltanschauung der Fall ist, ist die Lehre der Grundsätze anderer religiöser Weltanschauungen sowie der Ethik in der Schule neben verschiedenen Kampagnen gegen Rassismus und Xenophobie unabdingbar wichtig.

Wenn wir aus verschiedenen Betrachtungsweisen Rassismus als eine Bühne der Manifestierung bzw. eine Art der Delegation sämtlicher unbewältigter individueller Mängel ansehen, dann impliziert dies, daß der Ankläger



Foto: Ivan Milutinović, Reuters



Foto: Draško Gagović, Vreme

(der Rassist) das Opfer ersten Grades ist, den man vor allem durch erzieherische „Therapie“ von klein auf zu einem kontrastierten, mannigfaltigen Weltbild ohne eine verdrehte Verfolgungsangst (wobei das scheinbare Opfer stellvertretend für diese Selbstverfolgungsangst steht) führen muß. Statt des von allen Seiten kommenden unaufhörlichen „Gejammers“ über Rassismus, wobei das Opfer zweiten Grades (der Ausländer, der sogenannte „Illegale“ et cetera) nicht als symptomatischer Auslöser dieser o. e. Mängel seines Anklägers gesehen wird, indem er wie gewöhnlich den Platz des Opfers ersten Grades einnimmt, muß durch eine andere Erziehung der Spiegel vor die Augen des Anklägers, des „Hauptopfers“, gehalten werden. ■

Die Bande als Spätform des Staats

Einige Thesen am Beispiel Jörg Haiders

VON GERHARD SCHEIT*

„Keine Verstaatlichung des Menschen, sondern eine Vermenschlichung des Staates“ – Zeitung des Freiheitlichen Bildungswerkes 1995

1. Voraussetzungen

Selbst das Wunder der Nachkriegszeit, die vom Vernichtungskrieg gezeugte Wohlfahrt, währt nicht ewig. Mit dem Schrumpfen der Wachstumsraten, und vom Fall des Eisernen Vorhangs beschleunigt, kehrt die große Krise zurück, die vom großen Krieg entsorgt worden war. Das Subjekt wird sich nach der Entzauberung des Wirtschaftswunders aufs Neue seiner wirklichen oder potentiellen Wertlosigkeit, genauer: seiner Unfähigkeit, Wert (im Sinne des Kapitals) zu bilden, bewußt, und es weiß mehr oder weniger deutlich, daß es, ohne das Kriterium dieser Unfähigkeit – den Wert – in Frage zu stellen, nur als fetischisierter Staatsbürger, d. h. als nationales Subjekt, diese Unfähigkeit gutmachen, einzig in der „Volksgemeinschaft“ den Ausstoß aus der Gemeinschaft der Wertbildenden kompensieren kann. Das Subjekt der heutigen Demokratie sehnt sich insofern nach dem Nationalsozialismus zurück, als damals der Staatsbürger alles war, und der Warencharakter der Arbeitskraft in ihm verschwand. Bewußt oder unbewußt ist die einstige Volksgemeinschaft der Referenzpunkt der Demokratie geworden: Jörg Haider hat nur ausgesprochen, was viele – niemand weiß wieviele – in Österreich und Deutschland insgeheim oder offen meinen:

„Im Dritten Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht ...“

Doch der Referenzpunkt kann nicht mehr erreicht werden; er erscheint vielmehr als archimedischer Punkt der postfaschistischen Demokratie. Die ordentliche Beschäftigungspolitik wird niemand machen können, dazu sind wohl die Individuen als Geldmonaden und Arbeitskraftbehälter bereits zu sehr vereinzelt, die Staaten als Standorte und Märkte zu sehr verflochten. Wer sollte also den Arbeitern die Sorge um den Verkauf ihrer einzigen Ware abnehmen? Welcher Staat wäre in der Lage, die Kaufkraft seiner Bevölkerung zu verstaatlichen, Lohn- und Preisstops durchzusetzen und mit dem Wechsel auf künftige Beutezüge ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zu finanzieren? Eine Beute, auf die ein solcher Wechsel ausgestellt werden könnte, gibt es nur mehr in einem Raum zu holen, den der Staat nicht erobern kann: auf den Finanzmärkten.

Was in dieser Situation entsteht, wäre als atomisierter Nationalismus oder demokratischer Rassismus zu begreifen: Der Referenzpunkt wird in jede einzelne Geldmonade eingesenkt. Da der Staat nicht imstande ist, die Individuen der Sorge um den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft zu entheben, sieht sich

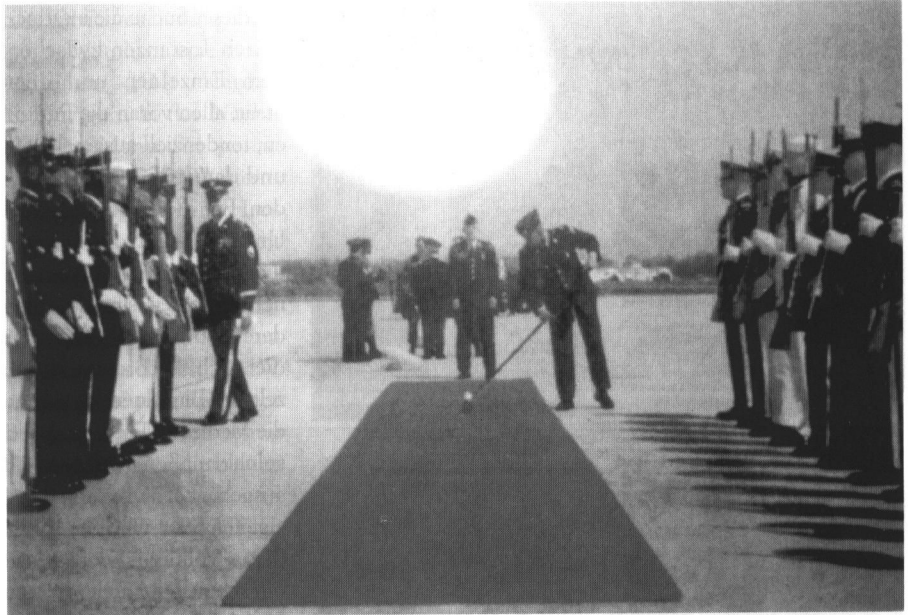
jedes einzelne vereinzelt vor der Aufgabe, in sich selbst und für sich selbst zu tun, was der faschistische Staat einst für alle gemeinsam tat. Diese Atomisierung der Volksgemeinschaft, die in den einzelnen Atomen – im Bewußtsein der Warensubjekte – die Volksgemeinschaft bewahrt, läßt sich ebenso an der Geburtenförderung wie an der „Sterbehilfe“ ablesen. Von den Nazis als staatliches Programm in Angriff genommen, um die eigene „Rasse“ „höherzuzüchten“, wird heute vor allem die sozialdarwinistische Selektion demokratisch neu organisiert: jeder sein eigener Staat. Es wird dem einzelnen überlassen – dem einzelnen Behinderten oder der zukünftigen Mutter eines möglicherweise Behinderten oder dem einzelnen „unheilbar“ Kranken und dessen Verwandten – zu erkennen, daß es sich bei ihm selbst oder bei seinem Kind oder Verwandten um „unwertes Leben“ handelt (und im Sinne des zu realisierenden Werts handelt es sich tatsächlich um unwertes Leben); der Druck, der dem einzelnen diese „Erkenntnis“ vermittelt, geht nun nicht mehr wie früher unmittelbar vom Staat aus, die Vernichtung wird nicht autoritär durchgesetzt, sondern sollte nach Möglichkeit von jedem einzelnen Betroffenen bejaht werden: hier ist nicht nur seine Opferbereitschaft für den Staat, sondern ebenso sein Selbstbewußtsein als Arbeitskraftbehälter und Warenvehikel gefragt. Eine Gesellschaft von potentiellen Selbstmördern, von Menschen, die stets zum Suizid bereit sind: Das ist das neue Ideal, das die demokratische Rassenhygiene bereithält.

So könnte wohl auch von einer Verinnerlichung oder

*) Gerhard Scheit ist Publizist und Mitglied des Kritischen Kreises in Wien.

Subjektivierung der Volksgemeinschaft gesprochen werden – allerdings nicht im ursprünglichen psychoanalytischen Sinn. Denn dessen Voraussetzungen – die Introjektion der väterlichen Autorität als Vergesellschaftung des Individuums und die Spannung zwischen Ich und Über-Ich, die Innerlichkeit überhaupt erst möglich werden läßt – können von der Durchsetzung der Warenform, insbesondere in der individuellen Reproduktion der Arbeitskraft, nicht unberührt geblieben sein. Werden doch nun die Staatsbürger gleichsam en detail zu jenem Konsum motiviert, den einst für sie der Staat en gros besorgte, und ist somit auch der „Miniaturstaat“, wie Wilhelm Reich die Familie nannte, aufgefordert, ein schlanker Staat zu werden: bei der alleinerziehenden Mutter mit Teilzeitbeschäftigung etwa, aber auch überall sonst wird ein gewisser Teil der Erziehung – mittels elektronischem und digitalem Warenverkehr – ausgelagert. Statt der klassischen Neurosen entsteht hier die ständige Frustration, zu wenig konsumiert zu haben – und die Angst, zu wenig produktiv zu sein, weil Produktivität die Voraussetzung des Konsums ist, das weiß bereits jedes Kind.

Die Familie verschwindet unter solchen Bedingungen nicht einfach, sie verliert jedoch an Eigengewicht gegenüber dem Verwertungsprozeß, indem sie nun nicht allein auf die Arbeit vorbereitet, sondern vor allem den Konsum vermittelt, die Ware in die Erziehung einspeist und die Reklame zur frühkindlichen Erfahrung werden läßt. Ebenso wenig verschwindet der „autoritäre



NOTO KOSOWAR 3.21

Charakter“, wie ihn Adorno einstmals beschrieb. Er tritt lediglich variiert in Erscheinung; Gehorsam und Unterordnung werden flexibler gehandhabt, um es sachgemäß auszudrücken: diversifiziert.

2. Der aufhaltsame Aufstieg des Jörg Haider?

Solche Atomisierung der Volksgemeinschaft produziert einen neuen Führer-Typus, der sich als Gegenpol zu den Parteiapparaten begreift und ein unmittelbares Verhältnis zum „Volk“, zu den „Bürgern“ beansprucht. Neben Silvio Berlusconi verkörpert ihn Jörg Haider bisher wohl am überzeugendsten. Immer wieder fordert Haider mehr Demokratie – „mehr Demokratie in Richtung Direktwahlrecht“: „Wer die Rolle des Volkes als dem obersten Souverän in Frage stellt, der stellt die Demokratie überhaupt in Frage.“ Dieser Typus vermag die direkte Demokratie gegen die Mechanismen der formalen Demokratie nur darum zu mobilisieren, weil die Medien dafür den Boden bereiten – einerlei, ob diese ihm nun kritisch oder apologetisch ge-

genüberstehen. Durch die Warenform, die jede politische Information annimmt, besser: durch deren Degradierung zum Anhängsel eines umfassenden Reklameapparats, wird sukzessive jene Distanz zurückgenommen, die in Form von Parlament, Ausschüssen, Parteiapparaten und anderen zwischen Bevölkerung und Exekutive geschalteten Institutionen geschaffen worden ist – eine Distanz, die es immer wieder auch erlaubt, gewisse Möglichkeiten einer Erziehungsdiktatur zu realisieren (etwa wenn Bruno Kreisky – Verkörperung des alten josephinisch-keynesianischen Regenten-Typus – die Frage der Todesstrafe explizit von einer Volksabstimmung ausschloß). Diese Möglichkeiten setzen allerdings eine relative Autonomie von Parlament, Ausschüssen und Parteien voraus, die eben durch die Kapitalisierung der Information schrittweise liquidiert wird. In ihrer Auseinandersetzung mit Johannes Agnolis und Peter Brückners Buch über die Transformation der Demokratie sprechen Stefan Vogt und Andreas Benl von



NOTO KOSOWAR 3.31



Foto: Mirko Petrović

1 Stefan Vogt/Andreas Benl: *Der Parteienstaat als Volksstaat. Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen im deutschen Parteiensystem.* In: Andreas Dietl u.a.: *Zum Wobler der Nation.* Berlin 1998. S.116f.

einer neuen Art der Verbürgerlichung: „Angesichts von Deregulierung und Krise erklären sich die abhängig Arbeitenden selbst zunehmend zu „Bürgern“. Die Konjunktur dieses Begriffs entspricht der Verschiebung der Identitätssuche auf den ideologisch-politischen Bereich und den panischen (weil vergeblichen) Abkoppelungsversuchen von der Ökonomie. Die Individualisierungsthese hat darin ihren wahren Kern, daß

bei dieser Suche die intermediären Instanzen zwischen dem Einzelnen und dem Staat, allen voran die Parteien, tendenziell ausgeschaltet und damit überflüssig werden. Für die Staatstreue und Unmündigkeit der Bürger, die schon Agnoli und Brückner feststellten, sind dann andere Institutionen zuständig, die auch noch den vereinzeltsten Einzelnen erreichen: die Medien.“¹ Die Macht, die solchermaßen vom „Volk“ ausgeht, hat immer nur den eigenen Staat im Sinn. Denn dieses Volk ist – wie der Name schon sagt: Kriegsschar, Heerhaufen – eine nach den Schlachtplänen des Staats schon vorformatierte Bevölkerung: Es ist umso mehr Volk, je mehr es den Souverän verinnerlicht, Staat und Kapital in sich bereits versöhnt hat – und einzig in dieser Form geht, wo Staat und Kapital existieren, von den Massen die Macht aus.

Haider beschleunigt gleichsam die volksgemeinschaftlichen Atomteilchen; sein ganzes Auftreten scheint weniger davon bestimmt, das voneinander Abgekapselte zu vereinen zu einer großen homogenen staatstragenden Massenpartei, als es in Gestalt lauter kleiner, irrsinnig und irregulär agierender, rassistischer Banden und Einzeltäter zu akzelerieren. Im Unterschied zur alten nationalsozialistischen Rhetorik mit ihrem endlosen Redeschwall und ihrem hysterisch-beschwörendem Tonfall genügen Haider stets einige spitze Bemerkungen und eindeutige Anspielungen, z.B.: „Wenn man heute an einer Baustelle (...) vorbeigeht und dort die Ausländer bis hin zu Schwarzafrikanern Ziegel schneiden und tragen sieht, dann denkt sich der österreichische Bau-

arbeiter schon etwas.“ Eben damit sollen die Weißösterreicher motiviert werden, den Fetisch des Kapitals und die rassistische Ideologie durchaus selbständig weiterzudenken. Haider stachelt eher an, als in Trunkenheit zu versetzen. Er hat auch meist keine Massen vor sich, sondern nur das Mikrophon und die Kamera der Journalisten.

Wie die medialen Auftritte und Statements von Haider sich von den Massenkundgebungen und Schauspielkünsten der Nazis abheben, so unterscheiden sich auch die Partei, die er formiert, und der Staat, den er anbietet, von NSDAP und Drittem Reich: Wenn er – ganz im Gegensatz zur „ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ immer wieder einen „schlanken Staat“, eine „Verschlankung des Staates“, fordert und in Aussicht stellt, so ist darin nicht allein eine seiner taktischen Anleihen beim Neoliberalismus zu sehen, sondern ein durchaus neues politisches Konzept: Der schlankste Staat ist die Verbrecherbande.

Tatsächlich bietet die Partei Haiders in ihrer inneren Struktur wie in ihrem öffentlichen Auftreten, in der politischen Aktion wie in der Physiognomie ihrer Protagonisten – mitsamt den in letzter Zeit grassierenden Finanzaffären – eine perfekte Illustration für die These, daß sich Staat und Gesellschaft mehr und mehr in Gangland verwandeln, das von rivalisierenden Banden oder Rackets beherrscht wird. Dabei handelt es sich freilich zunächst nur um Analogien, die sich im einzelnen feststellen lassen – die Trennung zwischen rechtsstaatlichem und kriminellen Raum aber nicht unbedingt aufheben.

Auch die NSDAP trug in mancher Hinsicht und in mancher Phase die Züge einer Gangsterbande – und es war nicht so weit hergeholt, daß Brecht gerade ihren Aufstieg mit einem Stück aus dem Chicagoer Gangstermilieu porträtierte. Und so hat die Durchsetzung des Nationalsozialismus bereits Horkheimer und Adorno über den Ausgang der Geschichte als Bandenkrieg nachdenken lassen. Horkheimers Analyse des Racket könnte sogar unmittelbar auf die Haiderische Partei angewandt werden: Racket bedeutet Erpresserbande ebenso wie Selbsthilfegruppe und Wohltätigkeitsverein. – „Die völlige Brechung der Persönlichkeit wird verlangt, absolut bündige Garantien der künftigen Zuverlässigkeit. Das Individuum muß sich aller Macht begeben, die Brücken hinter sich abbrechen. Als der echte Leviathan fordert das Racket den rückhaltlosen Gesellschaftsvertrag.“² Solche Verträge schließen Haider's Gefolgsleute ab. Entspricht das Individuum nicht dem absoluten Treuebund, und wird es etwa unzuverlässig, droht es die Interessen der Bande zu verletzen, muß es natürlich ausgeschaltet werden. Die Geschichte der Freiheitlichen ist voll von solchen Aktionen, von denen in der Presse jeweils ausführlich berichtet wird. Auch hier arbeitet die liberale Öffentlichkeit ganz im Dienste der Haider'schen Politik: sie ist die große Verstärkeranlage, durch die das Menetekel, das mit der Ausschaltung eines Parteifunktionärs gesetzt wird, erst seine ganze Bedrohlichkeit bekommt. So schreibt etwa die Wiener *Presse*, die sich auf ihre se-

riöse Berichterstattung etwas zugute hält, über eine dieser Aktionen: „Der Henker kommt gern in der Nacht. Haider's Mann für politischen Mord. Peter Westenthaler ist Jörg Haider's ‚Handy-Mann‘. In der FPÖ geht die Angst um, wenn der Generalsekretär zu einer Strafaktion aufbricht. (...) Wenn der große, schwere BMW mit quietschenden Reifen vor Beginn einer Parteisitzung hält, dann wissen die blauen Funktionäre in Stadt und Land, wieviel es geschlagen hat: Der weißen Luxuslimousine entsteigt mit breitem Grinsen Jörg Haider's Rache-Engel.“³ Wie von selbst greift der Journalist nach den entsprechenden Bildern und Jargonwörtern. Ein großer Teil der Faszination Haider's und seiner Gruppe geht wohl auf diese offene Zurschaustellung von Gangsterattitüden zurück. Insofern ist Haider der große Gangsta-Rapper der europäischen Politik.

Die jüngste Parteikrise nach der Affäre eines Haider-Abgeordneten, der Gelder veruntreut hatte und ins Ausland geflüchtet war, nutzte Haider dazu, den Parteiapparat noch stärker nach dem Racket-Prinzip zu strafen. Er zwang die Funktionäre nunmehr tatsächlich, einen Vertrag zu unterschreiben – der eben nicht zufällig „Demokratievertrag“ heißt: „als für sie verbindlichen Ehrenkodex“ verpflichten sie sich zum „Schutz unserer Heimat Österreich“, zum „Bekenntnis zur demokratischen Republik“ und zum „Ausbau der direkten Demokratie“. (Ganz im Sinne dieses Ehrenkodex legte der neue Chef der Freiheitlichen in Niederösterreich dem flüch-



NOTO KOSOWAR 4.22



tigen Abgeordneten bereits den Selbstmord nahe.)

Die Gang ist „primitive democracy“ schrieb Frederic M. Thrasher in seiner grundlegenden Studie über die amerikanischen Gangsterbanden der zwanziger Jahre⁴. Daß es sich bei Haider's „Bubelparty“ um eine funktionierende Parteiendemokratie handelt, ist für jemanden, der die inneren Strukturen von Verbrecherbanden kennt, keineswegs ironisch zu verstehen. Jeder, und sei er noch so klein und unbedeutend, hat

Foto: Draško Gagović, Vreme

2 Max Horkheimer: *Die Rackets und der Geist [Aufzeichnungen und Entwürfe zur Dialektik der Aufklärung]*. In: *Gesammelte Schriften*. Hg.v. Alfred Schmidt u. Gunzelin Schmid Noerr. Bd.12. Frankfurt am Main 1985. S.288

3 *Die Presse*, 14.2.1998

4 Frederic M. Thrasher: *The Gang*. Chicago 1947 [1. Aufl. 1927] S.3

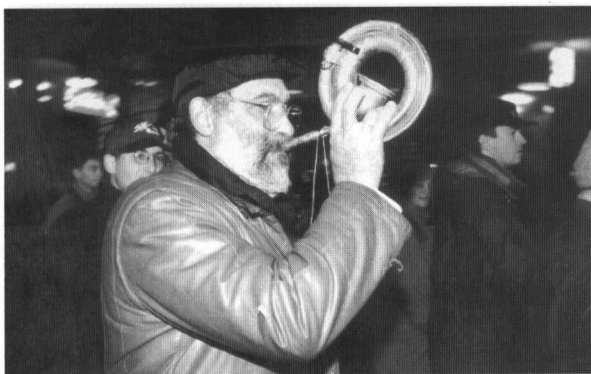
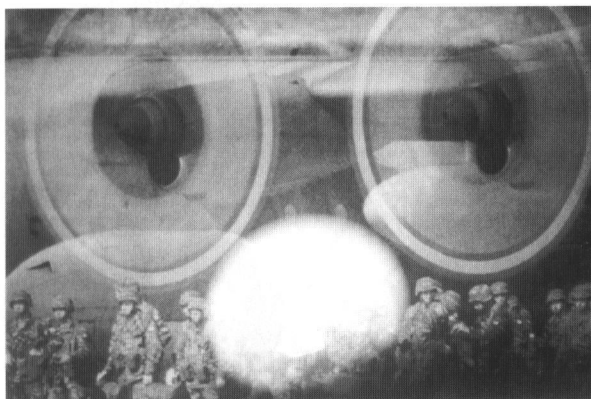


Foto: Draško Gagović, Vreme



NOTO KOSOWAR 3.20

in ihnen die Chance aufzu- steigen – und anders als im bürokratisierten Staatsapparat kann er dies hier sehr schnell (direkte Demokratie!); und er kann jederzeit das Recht auf umfassenden Schutz beanspruchen – solange er sich mit der Macht identifiziert, die ihn beherrscht.

Es ist diese innerparteiliche Demokratie, von der die sogenannten Protestwähler magnetisch angezogen werden: So wollen sie ihren Staat. Für die politischen Schutzgelder, die der Staatsbürger und Wähler mit Steuern und Stimmen zahlt, erklären sich ‚Partei‘ und Staat bereit, in ihrem Revier den Schutz der Bevölkerung und die Vertretung ihrer Interessen zu übernehmen – den Standort zu sichern und den Arbeitsmarkt abzugrenzen. Die Transformation der Partei alten Typs in eine Bande neuen Typs stellt demnach den Versuch

dar, Flexibilität des Kapitals und Fixierung der Arbeitskräfte neu zu vermitteln. Gerade dies aber heißt, den Rassismus zu intensivieren: der nationale Schutz des Arbeitsmarktes ist von umso größerer ideologischer Bedeutung, je mehr das Kapital nationale Grenzen real überwindet.

3. Bande ist nicht Bande

Der Begriff der Bande hat allerdings die Tendenz, sich zu verselbständigen und alles zu verschlingen. In Wolfgang Pohrts neuem Buch *Brothers in Crime* erscheint zuletzt Geschichte überhaupt nur als eine Abfolge von Rackets in wechselndem Gewand. Die Frage von Gewaltmonopol und Wertgesetz droht durch den Hinweis auf Waffen und Beute, Willkürherrschaft und Herrschaft von Sachen, völlig ersetzt zu werden. Das Resultat löscht sein Gewordensein aus – und die Theorie hält nur noch das Resultat fest, statt in der Kritik des Resultats das Gewordensein sichtbar zu machen. Schon in Horkheimers und Adornos Überlegungen aus den frühen vierziger Jahren treten Rackets das Erbe der Marxschen Klassentheorie an, als hätten die Banden in Gestalt von Monopolen den Wert nur als Mittel benutzt, um an die Macht zu kommen, und ihn dann beseitigt. Fixiert diese These den historischen Moment, da der NS-Staat das Wertgesetz sistierte, besser: dessen Kausalität zum Zerreißenden dehnte, wodurch der Verwertung des Werts schließlich neue Bahn gebrochen wurde, so nehmen Adornos spätere Studien zur Negativen Dialektik (auch unter dem Einfluß Sohn-Rethels) die Kritik des Werts als Inbegriff aller Kritik wieder auf, ungeachtet der früheren Annahme, daß

die Rackets dessen ökonomische Apparatur längst zerschlagen hätten. Pohrt hingegen hält an der Position der frühen vierziger Jahre krampfhaft fest: Der Wert habe aufgehört zu bestehen, das Wertgesetz sei durch das Gesetz des Stärkeren abgelöst worden, heißt es bereits in der Theorie des Gebrauchswerts⁵, und ohne sich die Frage zu stellen, ob solche Stärke sich nicht fortwährend der Verwertung des Werts verdankt, malt der Theoretiker als Satiriker sie nun in allen Facetten bloß aus. Lediglich für die Vorgeschichte deutet er so etwas wie einen geschichtlichen Prozeß an, wenn er den als Mafia-Jäger berühmt gewordenen und schließlich ermordeten Untersuchungsrichter Giovanni Falcone zitiert, der erkannte, daß die Mafia „der Ausdruck eines Verlangens nach Ordnung und damit nach Staat“ ist – und daran die Bemerkung anschließt, daß der „Staat die Spätform der Bande ist und die Bande im Erfolgsfall die Frühform des Staats“⁶. (Hinzuzufügen wäre, daß man die geschichtlich weiter zurückliegenden Banden gewöhnlich Adel nennt, die jüngeren Mafia.)

Näher denn je aber liegt es heute, die Bande auch als Spätform des Staats zu begreifen. Als späte erscheint die Form angesichts ihrer offenkundig reduzierten Möglichkeiten, die Krise des Werts zu entsorgen. Die Brechtsche Satire über Arturo Ui trifft jedenfalls in viel höherem Maße auf Haider zu als auf Hitler. Haiders Politik ist tatsächlich „das Gangsterstück, das jeder kennt“. Aber noch hier gilt der Unterschied: die „Pest“, die Arturo Ui wie alle normalen Gangster verbreitet, ist immerhin nicht Rassismus und Antisemitismus.

⁵ Wolfgang Pohrt: *Theorie des Gebrauchswerts*. [1975] Berlin 1995. S. 249, 251

⁶ Wolfgang Pohrt: *Brothers in Crime*. Berlin 1997. S. 34

Garzón zwischen Pinochet und Kissinger

Die Streitgespräche rund um die heilige Tunika des General Pinochet überraschen mich auf einer Reise durch Südamerika und ich empfinde eine außerordentliche Neugier für den spanischen Richter Baltasar Garzón. Doppelseiten in der Presse, Witze, die seinen Namen verwenden, um ihn in den Dritten der heiligen drei Könige zu verwandeln, Bilder auf Demonstrationen, manchmal angezündet durch Pinochet-Anhänger in Santiago, meistens aber verwendet, um ihn zum Richter der Hoffnung der Laien zu erheben, nicht zum dem des Galgens. Die peripheren Völker, das heißt alle außer den Vereinigten Staaten, pflegen ihre Größe auf Basis von Marathon-Wettkämpfen und universalen Bürgern zu messen. In Spanien prahlen wir mit einigen universalen Spaniern, wie Julio Iglesias und sein Sohn Enrique, Beweis dafür, daß sich die Alpträume auf genetischem Weg reproduzieren; Plácido Domingo y Josep Carreras, 33,3% der Wohltaten der drei Tenöre; José Antonio Samaranch, der aus dem Franquismo zur Präsidentschaft des Internationalen Olympischen Komitees gelangte; zuletzt Iván de la Peña, Fußballspieler unter Vertrag bei Lazio, der aber seine zum Universalen fähigen Verdienste nicht darstellen konnte aufgrund einer ungleichen Verletzung.

Garzón verdunkelt alle. Die spezielle Struktur des

Rechts in Spanien bringt mit sich, daß die wichtigen Fälle durch die Audiencia Nacional gehen, und daher durch die Hände eines halben Dutzends Richter, die sich in vermittelte Protagonisten verwandeln, ob sie es wollen oder nicht. Deshalb nennt man sie Star-Richter und sie bilden ein Star-System, in dem Garzón eine privilegierte Person ist: Er hat den Drogenhandel verfolgt, den Terrorismus der ETA, den Terrorismus des Staates (Fall GAL) und die Genozide Chiles und Argentiniens verstrickt in die Endlösung der siebziger Jahre. Dieser Holocaust der Linken wurde organisiert durch das Außenamt der USA in Zusammenarbeit mit einigen Multinationalen, dem Pentagon und zuletzt den Handwerkszeugen des Tötens, den einheimischen Militärputschisten, die vom Sturz Gualart's, verfassungsmäßigen Präsidenten Brasiliens, bis zum argentinischen Putsch die systematische Zerstörung der lateinamerikanischen Linken verbrachten, um die Wechselwirkung mit den Kräften des kalten Krieges auszuwaschen. Das Horror- und Strafflosigkeitsspektakel, ausgedrückt durch die Folter, die Morde, die Grausamkeit der Verfolgungen, die Entführung der Kinder von Gefangenen, muß man dem Kapitel der blutigen Spektakel der Verteidigung der christlichen Werte des Westens zu-

rechnen. In Argentinien, wo die Militärs durch die Flucht nach vorne im Falklandkrieg in Mißkredit geraten sind, gab es ein mutiges aber fast symbolisches Urteil, man muß erinnern an den Staatsanwalt Strasera. In Brasilien und Uruguay nicht einmal das – und in Chile haben sich Pinochet und seine Mariachis erlaubt, die Demokratie zu bewachen aus den Wachhütten der Kasernen und aus dem zu einer Wachhütte gewandelten Parlament.

Man versteht, daß die Fußgänger der Geschichte sich hinter das Bild von Garzón stellen, Gesicht und Geste, die die letzte Hoffnung auf Gerechtigkeit in dieser Welt verkörpern, aus dem Verdacht, daß in der anderen Welt die Amnestie für jene, die halfen, die Werte des Christentums zu retten, weiterbesteht.

Ich lernte Garzón im vollen Sturm der Untersuchungen zum Prozeß über den Staatsterrorismus in Spanien kennen. In der Nacht, in der er sich erlaubte, gegen führende sozialistische Politiker zu prozessieren, aßen wir zusammen und er erklärte mir, was erklärt werden durfte und nicht Geheimnis der Ermittlungen war. Garzón hatte den Fehler begangen, nach den Wahllisten der PSOE vorzugehen, der Grund warum er beschuldigt wurde sozialistische Politiker aus Zorn zu verfolgen. Die Führungsspitze der PSOE

Untersuchungsrichter Garzón hat seine Anklage gegen Pinochet Mitte Juni neuerlich um 36 weitere Folteropfer ausgeweitet.

VON MANUEL
VÁZQUEZ MONTALBÁN*

*) Manuel Vázquez Montalbán ist spanischer Schriftsteller, bekannt vor allem durch seine Kriminalromane. Der Artikel wurde mit freundlicher Genehmigung aus der mexikanischen Zeitung *La jornada* übernommen. Die Übersetzung besorgte Manfred Gmeiner.

blies diesen Vorwurf soweit auf, daß viele Leute zu glauben begannen, den Staatsterrorismus habe Garzón erfunden, auf die selbe Weise, wie es Leute gibt, die bereit sind zu glauben, daß den Klassenkampf Karl Marx erfunden habe. Mir persönlich schien er eine umfassende Persönlichkeit zu sein, geeignet mit moralischem Wert, beharrlich, mit einem ursprünglichen Sinn für gerecht und un-

gerecht, den man erwirbt, wenn man von der Abstammung her der Unterschicht angehört. Garzón hat weder Pinochet noch Videla erfunden. Auch verfolgt er sie nicht formal, weil sie Chilenen oder Argentinier sind, sondern weil sie spanische BürgerInnen gefoltert und gemordet haben, ein erster Schritt, daß in Zukunft die Schlächter verfolgt werden, einfach weil sie morden und töten, wen auch im-

mer, und daß sie es sich zweimal überlegen, bevor sie als Killer eines Systems tätig werden, gleich welchen Systems. Chomsky hat daran erinnert, daß über den nationalen Killern in jenen Tagen, diese Endlösung und ideologischen Holocaust leitend, Nixon und Kissinger standen. Wann, Garzón, gibt es einen Such- und Haftbefehl für Kissinger, den Friedensnobelpreisträger?

Durchs historische Kurdistan II

Die Zeit vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis zum heutigen Tag

VON KAYOUMARS
SHAHAVERY*

„Aber wie sollte man glauben, ein Volk für immer unterdrücken zu können, das auf seiner Freiheit besteht und auch bereit ist, den Preis dafür zu zahlen?“
Jawahar Lal Nehru
1935 über die Kurden

Es ist naheliegend, daß die folgenden geschichtlichen Fakten in dieser Periode auch dem politischen Bewußtsein und Leben der Kurden ein neues Gesicht gegeben haben:

- Der Erfolg der iranischen Völker im Kampf gegen den Absolutismus, nämlich der Sieg der konstitutionellen Revolution von 1906-1911 im Iran, der darauffolgende Untergang der Qadjariden – Dynastie und der Aufstieg einer neuen Diktatur.
- Der Gründung von politischen Gruppierungen sowohl im Iran wie z.B. der Andjuman-e-Idjtemaiyun (ein sozialdemokratischer Verein) als auch auf dem Territorium des ehemaligen Osmanischen Reiches und jetzigen türkischen Staates wie z.B. Organisation der Jungtürken.
- Die grausamen Massaker an den Armeniern und ihre Verfolgung unter der osmanischen Verwaltung,

der Untergang des Osmanischen Reiches, die nationalistischen Ziele des Kemal Pascha (Atatürk) und natürlich die Umwälzungen der beiden Weltkriege.

Durch diese Entwicklungen wurde aber auch das Schicksal des kurdischen Volkes in neue politische Bahnen gelenkt. In dieser Periode, vor allem nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg, erlitt das kurdische Volk schmerzhaftes Unrecht und nicht wieder gutzumachenden Schaden, wie vor allem die Wiederteilung Kurdistans unter den neu gegründeten Staaten und eine in diesen Ausmaß nie dagewesene nationalistische Ausrottungspolitik.

Der Aufstand der Jungtürken im Jahr 1908 weckte bei den Kurden große Hoffnungen und führte kurzfristig zu einer liberalen Atmosphäre, in der kurdische Gesellschaften und politische Klubs gegründet wurden, parallel zu der liberalen Ent-

wicklung nach der konstitutionellen Revolution im Iran.

Bereits kurz nach der Machtübernahme der Jungtürken setzte jedoch eine nationalistische Politik der Türkisierung ein, die erste kurdische Aufstände auslöste. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg hätte ein kurdischer Staat gegründet werden können und müssen. Denn einerseits bestand nach dem Untergang des Osmanischen Reiches ein Machtvakuum, so daß eine Neuordnung den verschiedenen Nationalitäten entsprechend erfolgen konnte. Andererseits hatten die Alliierten während des Krieges die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker lautstark betont und waren als Wohltäter der von den Osmanen unterdrückten Völker aufgetreten. Im Geheimen hatten sie allerdings bereits 1916 im Sykes-Picot-Abkommen das Gebiet unter sich aufgeteilt.

Auch nach dem Krieg entsprach die Propagierung kurdischer Autonomie oder ei-

) Kayoumars Shahsavary ist Mitarbeiter des Vereins demokratischer StudentInnen aus Iranisch-Kurdistan

nes kurdischen Staates zunächst dem Interesse der USA, Großbritanniens und der Türkei. Die USA waren vor allem an einem eigenständigen armenischen Staat interessiert.

Großbritannien hatte neben Arbil und Kirkuk die erdölreiche Provinz Mosul besetzt, die nach dem Sykes-Picot-Abkommen jedoch Frankreich zustand. Es konnte dies nur mit dem Selbstbestimmungsrecht der Kurden und deren Wunsch, unter britischer Verwaltung zu stehen, begründen. Die Türkei wollte ebenfalls Mosul vereinnahmen und mußte hierfür die kurdische Bevölkerung auf ihre Seite ziehen.

Diese Motive führten dazu, daß im Vertrag von Sevres vom August 1920 den Kurden vage Versprechungen gemacht wurden. Der Vertrag sah, in einem Viertel des osmanisch-kurdischen Gebietes lokale Autonomie vor. Außerdem sollten die Kurden dieses Gebietes beim Völkerbund einen eigenen Staat beantragen können, dessen Errichtung dann im Ermessen des Völkerbundes stünde.

Die Siegermächte haben jedoch keinerlei Schritte zur Realisierung dieses Vertrags unternommen, stattdessen solche in die entgegengesetzte Richtung, indem sie die Staaten Irak und Syrien gründeten.

Der Plan Großbritanniens, kurdische Autonomie unter britischer Steuerung einzurichten, war nämlich nicht aufgegangen. Der von ihnen gerufene Scheikh Mahmoud ließ sich nicht zur Marionette machen, sondern strebte ein unabhängiges Kurdistan an. Großbritannien hatte aber kein Interesse, die Provinzen Mosul und

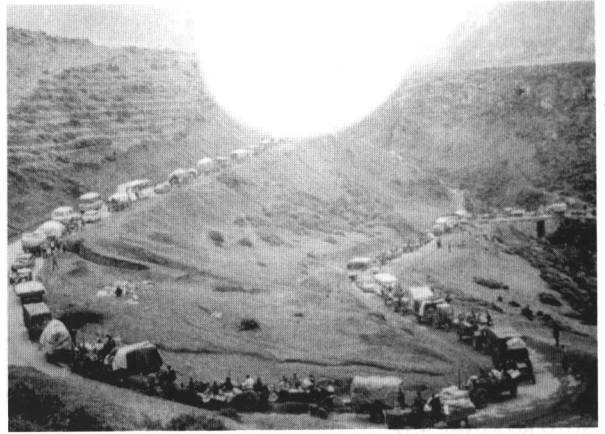
Kirkuk an einen unabhängigen kurdischen Staat zu verlieren.

Auf der Konferenz von Lausanne im November 1922 arrangierten sich die Alliierten endgültig mit der von Atatürk regierten Türkei, die als Staat anerkannt wurde. Im Vertrag von Lausanne (24. Juli 1923) war von kurdischer Autonomie oder Unabhängigkeit keine Rede mehr, stattdessen wurde Kurdistan entgültig auf vier Staaten aufgeteilt. Kurz darauf begann Großbritannien, das südkurdische Gebiet brutal zu bombardieren.

Auf der Lausanne Konferenz hatte die türkische Delegation noch erklärt, die Türkei sei das Heim zweier völlig gleicher Nationen, der Kurden und der Türken, und sich vertraglich verpflichtet, den nichttürkischen Völkern Mindestrechte, wie den freien Gebrauch ihrer Sprache, zu gewähren.

Kaum war die Türkei jedoch anerkannt, zeigten die Kemalisten ihr wahres, extrem nationalistisches Gesicht. Alle gesetzlichen Rechte der Kurden wurden beseitigt, kurdische Schulen geschlossen, kurdische Publikationen verboten, die Existenz des kurdischen Volkes geleugnet und jedes Zeichen seiner Existenz unterdrückt.

Parallel hierzu begann durch den Aufstieg des Diktators Reza Schah die erneute Unterdrückung der Kurden in Iranisch-Kurdistan. Die Aufstände des 19. Jahrhunderts wurden nach der Aufteilung Kurdistan, in anderer Form, Art und Weise und in anderen Dimensionen wieder aufgenommen. Diese Aufstände wurden nun nicht nur von den Zentralregierungen, sondern auch von



NOTO KOSOWAR 4.23

den alten Kolonialmächten aufs Schärfste bekämpft.

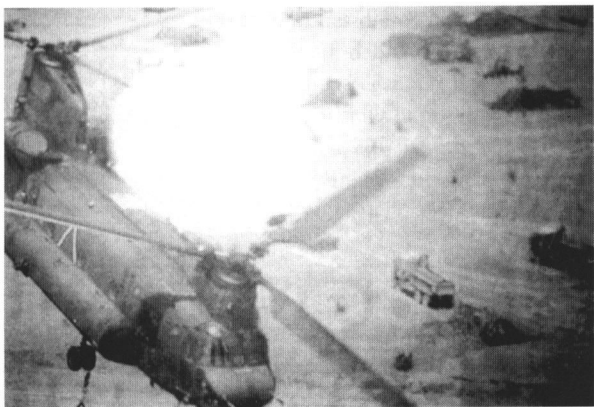
Jede Stimme für die Freiheit und die Rechte des Volkes wurde erstickt und jede Bewegung für Autonomie und Selbstverwaltung wurde seitens der Zentralregierungen brutal niedergeschlagen.

Obwohl die ersten politischen kurdischen Organisationen auf das Jahr 1908 zurückgingen, formierte sich die kurdische Nationalbewegung erst während des Zweiten Weltkriegs und wurde in den folgenden Jahren zu einer modernen organisierten Bewegung mit klarer politischer Ideologie.

Direkt nach dem 2. Weltkrieg bot sich den Kurden im Iranisch-Kurdistan unter dem Diktator Reza Schah die Chance auf Selbstbestimmung, und sie nutzten diese durch Errichtung der Mahabad-Republik in Iranisch-Kurdistan. Die autonome Regierung in Mahabad konnte ein Jahr in demokratischer Weise regieren und ist zum Symbol kurdischer Selbstbestimmung geworden.

1947 wurde sie von den Truppen der Zentralregierung zerschlagen, ihr Präsident, Qazi Mohammad, wurde öffentlich hingerichtet.

Auch die Zeit danach war bestimmt von totaler Unterdrückung in allen vier Ländern und starkem Wider-



NOTO KOSOWAR 4.12



Foto: Emil Čonkić, Blic

stand dagegen, der brutaler denn je bekämpft wurde. Beispielhaft seien hier der kurdische Widerstandskampf im Irak unter dem legendären Führer Mullah Mustafa Barzani, und der jahrzehntelange Kampf der Kurden der demokratischen Parteien in Iranisch-Kurdistan bzw. in Türkisch-Kurdistan genannt.

Von Komala J. K. zur DKP

Den ersten städtischen Erhebungen der Kurden (1930 in Sulaimaniya/Irak) folgte die Gründung der nationalistischen kurdischen Organisationen Hiwa, die im Jahr 1939 unter dem vorsitz Rafigh Hilmi und Mahmud Jawdat von kurdischen Intellektuellen in Suleimania gegründet worden ist, und Komala Jianawei Kurd (Organisation für die Wiederaufrechterhaltung Kurdistan), die von 11 Persönlichkeiten am 16. August 1942 in der Stadt Ma-

habad (Iranisch-Kurdistan) gegründet wurde. Die Komala J. K. war eine Untergrundorganisation, deren erklärtes Ziel die nationale Befreiung Kurdistan war.

In den Jahren 1943-1945 (als die Komala ihre politischen Anschauungen in der Zeitschrift „Nischteman“ (Heimat) veröffentlichte) zeigte sich deutlich, daß die Komala J. K. nicht mehr jene Organisation verkörperte, welche die ständig wachsende Bewegung der Volkmassen in Iranisch-Kurdistan anführen konnte und entwickelte sich zur Demokratischen Partei Kurdistan, die am 16. August 1945 in Mahabad gegründet wurde, wo sie ihr Parteiprogramm bekanntgab.

Die Gründung der DPK stellte einen bedeutsamen Wendepunkt in der Kampfgeschichte des kurdischen Volkes dar und symbolisierte zugleich den Entstehungsbeginn fortschrittlicher und moderner politischer Parteien und Organisationen.

Da in der Geschichte der kurdischen Nation nie eine solchermaßen fortschrittliche Partei mit einem festen Programm existiert hatte, gewann die DPK von Anfang an die Unterstützung aller Klassen und Schichten der kurdischen Gesellschaft und beendete die führende Rolle der traditionellen Stammesführer und geistlichen Führer. Die städtische Mittelklasse und die Intelligenzija wurden die allein dominierende Schichten.

Von 1950 bis zur Gegenwart kam es in Kurdistan zu zahlreichen Aufständen. Die bedeutendsten davon sind die folgenden:

1963-1975 Barzani Aufstand in Irakisch-Kurdistan,

1967-1968 Aufstand der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran, 1978-1990 Aufstand in Irakisch-Kurdistan, 1979-heute Erhebung der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran, 1983-heute Erhebung der PKK in der Türkei. Alle diese Aufstände haben zu keinem Erfolg geführt.

Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des Kalten Kriegs sind hauptsächlich von Blockkämpfen um die Einflußnahme in der Region geprägt. Sowohl die westlichen Mächte als auch der Ostblock versuchten, die kurdische Bewegung für die Erreichung ihrer Ziele zu instrumentalisieren.

Die Zeit nach dem Kalten Krieg sollte die Entfaltung der Demokratie und Entstehung eines Völkerpluralismus in der Region des Nahen und Mittleren Ostens ermöglichen.

Doch ging die Praxis der US-Regierung und ihre westlichen Verbündeten genau in die gegenteilige Richtung. Ein Beispiel dafür ist der türkische Teil Kurdistan. In dem über 15 Jahre andauernden Krieg wurden nach offiziellen Quellen über 3.000 Dörfer zerstört, mehr als 4 Millionen Kurden aus ihrer Heimat in den Westen und ins Landesinnere vertrieben und weitere 2 Millionen zwecks besserer Überwachung in den Städten zusammengedrängt.

Mit der Ankunft des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan in Italien eröffnete sich eine konkrete Perspektive, den Krieg in Kurdistan auf einem friedlichen Weg zu beenden. Seit November 1998 haben mehrere europäische Länder Abdullah Öcalan – still und leise – das

Asylrecht verweigert. Letzten Endes hat Europa Öcalan allein gelassen und damit Öcalans Verschleppung in die türkischen Folterkammern verursacht.

In diesem Zusammenhang sollten wegen der Verhaftung des PKK-Chefs Abdullah Öcalan, der wegen angeblichem „Hochverrat am Vaterland“, in Wirklichkeit aber wegen Verteidigung der Rechte des kurdischen Volkes vor Gericht gestellt wurde, Internationale Gemeinschaften und insbesondere die europäischen Länder, alles unternehmen um das Todesurteil gegen ihn zu verhindern und darüber hinaus eine friedliche Lösung für die Kurden in der Türkei zu suchen.

Mag sein, daß im jahrelangen Widerstand der PKK auch unschuldige Menschen getroffen wurden, aber alle wissen, daß dieser Widerstand in der Türkei eine eindeutige Reaktion gegen die Politik der türkischen Regierung ist.

Obwohl es Zeit ist, daß die Friedens- und Gerechtigkeitliebenden nicht zulassen, daß die Zukunft von mehr als 15 Millionen Kurden aus der Türkei nur mehr in der Person von Adullah Öcalan reflektiert wird, und daß er schließlich im Namen von Verrat exekutiert wird.

Oder die iranische Kurden, die seit 20 Jahren nach der Machtergreifung von Komeini am deutlichsten an der Unterdrückung der Kurden zeigt, bombadierten die kurdische Dörfer und brachten hunderte Frauen und Kinder um, Sie trieben Tausende kurdische Fammilie durch miliärische Operationen über die Grenze nach Irak, sie erschossen hunderte Freiheitskämpfer, die für Demokratie in Iran und für eine Auto-

nomie Kurdistan kämpfen, sie machten viele Dörfer den Erdboden gleich und führten eine Krieg, der an Völkermord in grenzte.

Und sie ermordeten die iranisch-kurdischen Politiker in Ausland wie Dr. Abdoul Rahman Gassemliou, Generalsekretär der DPK Iran, in Wien, am 13. Juli 1989 und seinen Nachfolger Dr. Said Scharafkandi in Berlin 1992. Die Lösung für ethnische Probleme bei dem iranischen Regime ist, daß alle Moslems sind und jede Art Diskussion über Kurden, Azerbadjaner und etc. uns auseinander reißen und unserer moslemischen Solidarität schaden wird.

Und für die Beziehungen, die die USA und EU aufbauen wollen, heißt das, daß die Interessen der Kurden und der Opposition weiter geschwächt werden und auch dort den Plänen der westlichen Mächte geopfert werden.

Vor siebzig Jahren wurden die Kurden als Barbaren bezeichnet, den Vernichtungsfeldzug gegen die Kurden stellte die Türkei dem Westen gegenüber dar als einen Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei. Heute heißt der Genozid an den Kurden Kampf des türkischen Staates gegen den Terrorismus und wird auch im Westen als solcher betrachtet.

Das Kurdenproblem ist ein us-amerikanisches und europäisches Problem und sie sind dafür verantwortlich.

Wenn die NATO Angriffe zur Verteidigung eines kleinen und hilflosen Volkes fliegt, werden diese von Kurden begrüßt und für richtig gehalten, damit die Internationale Gemeinschaft sich nicht mehr von Einmischungen in innere Angele-



NOTO KOSOWAR 4.12



Foto: Imre Sabo

genheiten anderer Länder zurückziehen kann und der Völkervernichtung einfach nur zuschaut.

Die Kurden wollen jedoch nicht, daß die anderen Länder Truppen zu ihnen senden und sie verteidigen. Aber ist das Kurdenproblem, das mehr als 30 Millionen Menschen betrifft, wirklich nicht so viel wert, als daß die wichtigsten Entscheidungsgremien der Welt sich nicht darüber den Kopf zerbrechen könnten, um für Kurdistan eine friedliche Lösung zu erzielen? Zweifellos wird so etwas einerseits einen dauerhaften Frieden und Stabilität für Nahen Osten bringen, andererseits die Sicherheit und Stabilität der jeweiligen Länder sichern. Natürlich wird das auch ein großer Schritt in Richtung Menschenrechte sein, wenn die NATO und EU keinen Versuch machen, die Kurden weiter zu spalten. ■

Antimilitarismus in Lateinamerika

Kreativität gegen Militärs

„Ya basta! Es reicht!“ sagen nicht nur die Zapatistas im Urwald von Chiapas, sondern auch die Aktivistinnen des lateinamerikanischen Netzwerks für Kriegsdienstverweigerung, die den Militärs mit bunten, kraftvollen Aktionen gegenübertreten. Wir sprachen mit zwei Vertretern dieser Bewegung - Orlando aus Paraguay und Jhonny aus Ecuador, der als Koordinator des eben erwähnten Netzwerkes für Kriegsdienstverweigerung arbeitet - über die Erfolge der antimilitaristischen Bewegung und auch darüber, was die Festnahme Pinochets für die Menschen in Lateinamerika bedeutet.

Das Gespräch führten

JÜRGEN SCHMIDT
UND PAUL FRIEDRICH*

*) Jürgen Schmidt und Paul Friedrich sind Mitarbeiter der ARGE für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung.

Jhonny: Die Festnahme Pinochets hat natürlich sehr große Bedeutung für Lateinamerika, insbesondere für die sozialen Gruppen, für die Menschenrechtsbewegung ist es ein Erfolg in ihrem Kampf. Eine Person wie Pinochet, der so viele Verbrechen begangen hat, festzunehmen ist ein deutliches Zeichen für andere Diktatoren, daß auch die Verbrechen der Herrschenden nicht straffrei sind.

Heute gibt es in Lateinamerika Regierungen, die Pinochet unterstützen, und solche, die gegen ihn sind, je nachdem, ob die Militärs dieser Länder einen nationalistischen oder eher einen internationalistischen Kurs verfolgen. So sind die Militärs von Ecuador, Venezuela und auch Chile eher nationalistisch eingestellt, während die Militärs in Peru, Argentinien oder Brasilien sich mehr an den internationalen militärischen Organisationen beziehungsweise an den USA orientieren. Diese Militärs spielen dann mehr eine regionale Rolle im internationalen militärischen Gefüge.

Armeen aus kleineren Ländern stehen unter einem starken Professionalisierungsdruck. Das heißt, sie sind gezwungen, sich umzustrukturieren, sich als regionale Einheiten einer größeren militärischen Organisation zu betrachten. So wie die einzelnen Regierungen sich dem Einfluß größerer Institutionen wie dem Weltwährungsfond beugen müssen, gehorchen auch die Mi-

litärs den Programmen dieser großen Organisationen. Sie verlieren an Stärke und werden auf ihre regionale Bedeutung zurückgeworfen.

Orlando Castillo, Menschenrechtsaktivist und einer der ersten öffentlich deklarierten Verweigerer in Paraguay, beschreibt den strukturellen Wandel, den nicht nur die Armeen in Lateinamerika durchmachen, und die Rolle der Militärs heute.

Orlando: Die Rolle der Militärs in der Gesellschaft ist nach wie vor sehr groß, die Trilogie der Macht von Armee, Kirche und regierenden Parteien besteht unangestastet weiter. Das einzige, was sich ändert, ist das Feindbild. Das Feindbild Kommunismus ist nicht mehr aktuell, und so müssen sie nach neuen suchen.

Diese neuen Feinde sind der Drogenschmuggel, andere Verbrechen und Naturkatastrophen, bei denen die Militärs versuchen, sich zu legitimieren, ihr großes Budget zu rechtfertigen.

Aber auch die Regionalisierung der Armeen, von der ich vorher gesprochen habe, beginnt zu greifen, sogar bei der Polizei gibt es bereits eigene Conosur-Einheiten, und ihre innenpolitische Bedeutung führt zu einer starken Militarisierung der Gesellschaft.

Während es an Gesundheitseinrichtungen mangelt und die AnalphabetInnenrate steigt, bekommen die Militärs weiterhin, was sie ver-

langen. Lateinamerika hat sehr hohe Militärbudgets, aber es geht hier sicherlich auch um ein weltweites Phänomen. Die Militärs empfangen ja auch Unterstützung aus Nordamerika und Europa, Waffenlieferungen und direkte Hilfe.

Argentinien zum Beispiel ist schon im Sicherheitsrat der UNO, und so steigt man ein in die globale Strategie der militärischen Interventionen.

Jhonny: Man muß das auch im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung sehen, mit dem Neoliberalismus, den Privatisierungen, die stattfinden mit dem Versuch, Märkte zu schaffen, nicht Arbeitsplätze, sondern Märkte.

Und welche Rolle spielen die Militärs in diesem Umfeld? Ich glaube nach wie vor eine sehr wichtige, aber es geht nicht mehr um große Armeen mit tausenden Panzern und Unmengen Soldaten, sondern eher um kleinere, spezialisierte Einheiten, die viel besser ausgerüstet sind und auf diese Weise versuchen, den Status Quo aufrecht zu erhalten. Wir haben es mit Militärs zu tun, die die Forderungen der Menschenrechtsdeklaration kennen und nicht mehr mit der Brutalität der sechziger und siebziger Jahre auftreten. Doch sichern sie sich ihre Macht, und ich denke, das wird letztendlich fast gefährlicher, als es bisher war: Wir stehen in einer Gesellschaft, die immer ärmer wird. Gerade in Ecuador leben 70% der Menschen unter der Armutsgrenze, und man kann nicht einmal mehr von arm reden, es ist der soziale Ausschluß, sie fallen aus der Gesellschaft heraus, und das wird Konflikte heraufbeschwören, auf die sich die Militärs jetzt schon vorbereiten, um dann einzuschreiten und

die soziale Kontrolle aufrechtzuerhalten. Wir stehen nicht mehr dummen Militärs gegenüber, sondern bestens ausgebildeten Einheiten. Das stellt uns vor die Frage: Wo stehen wir, was wird unsere Rolle in diesem neuen Lateinamerika sein?

Eine sehr starke antimilitaristische Bewegung formierte sich in Paraguay. Bei den Wahlen im Frühling schafften es die Kriegsdienstverweigerer, den Wahlkampf mit ihren Forderungen zu besetzen, und in den letzten vier Jahren deklarierten sich 15.000 Jugendliche als Verweigerer.

Orlando: Unser nächstes Ziel ist die Anerkennung des Rechts auf KDV in der Verfassung. Die hohe Zahl an Verweigerern zeigt uns, daß der Zwang zum Militärdienst ebenso wie das Militär allgemein stark an Glaubwürdigkeit verloren haben. Das Militär steht für einen Mechanismus von Kontrolle, Unterdrückung und Ausbeutung der Jugendlichen im Dienst einer Minderheit, die in Reichtum lebt und alle Privilegien für sich beansprucht. Als Verweigerer verweigern wir uns nicht nur dem Militärdienst, sondern stellen uns auch gegen die Militarisierung der Gesellschaft. Wir fordern, das Militärbudget drastisch zu reduzieren und dieses Geld für soziale Bereiche zu verwenden, etwa für die Bildung. Während der Staat 100 Dollar in eine Studentin investiert, kostet ein Soldat 11.000 Dollar.

Beinahe täglich werden Campesinas durch das Militär von ihrem Land vertrieben. Und das zeigt, daß die Probleme in Paraguay nicht durch das Militär gelöst werden können, sie entstehen erst dadurch, das Militär selbst ist

das Problem. Wir möchten im Jahr 2003 eine Kampagne zur Abschaffung der Militärpflicht starten und sammeln jetzt schon Unterschriften, um Druck auf die Parlamentsabgeordneten zu machen.

Das Militär wird darauf mit der Professionalisierung antworten, daher bereiten wir eine weitere Kampagne zur völligen Abschaffung des Heeres vor. Mit Projekten zur Militärsteuerverweigerung oder zur Senkung des Militärbudgets möchten wir den Leuten unsere Ziele näherbringen und hoffen, daß es uns gelingt, genügend Unterstützung zu finden. Im weiteren Sinn geht es um einen gesellschaftlichen Wandel, um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen.

Wie reagiert das Militär auf eure Aktionen?

Orlando: Obwohl die Regierung das Recht auf KDV an sich anerkannt hat, antwortet das Militär mit Repression. Der schlimmste Fall ereignete sich 1996, als Cesar Barrios, ein Freund von uns, zu einem Seminar im Landesinneren unterwegs war. Er geriet in eine Straßensperre der Armee, wurde in die Kaserne gebracht und drei Tage lang geschlagen und brutal gefoltert. Am vierten Tag ließen sie ihn laufen und gaben ihm die Botschaft mit, daß wir unsere Aktivitäten einstellen sollten. Wir arbeiten natürlich weiter, aber Cesar Barrios leidet bis heute unter den psychischen Folgen der Folter. Obwohl wir uns an Vertreterinnen der UNO wandten, gab es keine staatliche Untersuchung der Vorfälle. Die Täter in der Armee blieben ungestraft, und diese Straffreiheit für Menschenrechtsverletzungen ist typisch für den staatlichen Terror, der in Paraguay herrscht.

In einem anderen Fall wurden vier Verweigerer auf der Straße festgenommen und in die Kaserne verschleppt. Wir konnten sie dann zwar wieder frei kriegen, doch auch hier gab es keine Konsequenzen für die Verantwortlichen. Obwohl das Recht auf Kriegsdienstverweigerung also bereits in der Verfassung verankert ist, verkünden die Militärs weiterhin, daß für sie nach wie vor die allgemeine Militärpflicht zählt. Und sie setzen die Repression gegen uns auch auf anderen Ebenen fort. So haben sie uns sämtliche demokratischen Rechte aberkannt, indem sie Menschen ohne Militärpapiere beispielsweise das Wahlrecht verweigern oder von ihrem Arbeitsplatz verdrängen.

Unser Vorstoß zur Abschaffung der Armee hat sie sichtlich überrascht, aber mit der neuen Regierung ist auch das Militär unter General Oviedo wieder an die Macht gelangt und bestimmt vom Hintergrund aus das politische Geschehen. Jetzt fordern sie, die Zuständigkeit für die Verweigerung des Militärdienstes vom Innenministerium auf das Verteidigungsministerium zu übertragen. Das heißt, daß man sich zuerst zum Militärdienst melden muß und dann erst seine Verweigerung beantragen kann.

Dieser General Oviedo übrigens ist gemeinsam mit Pinochet oder Stroessner in der „Escuela de las Americas“ gewesen, einem militärischen Schulungslager der USA, in dem – von Guatemala bis Argentinien – praktisch alle Diktatoren und Folterknechte Lateinamerikas ausgebildet wurden und noch immer werden.

Zu euren Stärken gehören Aktionen, die oft ebenso lustig wie kraftvoll sind.

Orlando: Bei einer Aktion verkleidete sich ein Aktivist von uns als Soldat und legte sich mitten auf der Straße auf den Boden. Wir deckten ihn mit einem weißen Tuch, auf das mit roter Farbe Blutflecken gemalt waren, zu und die Leute, die vorbeikamen, fragten ganz aufgeregt, was passiert sei. „Ein Soldat ist tot, jemand hat ihn erschossen!“, sagten wir und oft dauerte es lange, bis die Leute merkten, daß es sich nur um Straßentheater handelte. Bei solchen Aktionen verteilen wir Flugblätter und Broschüren und durchbrechen außerdem die Eintönigkeit von gewöhnlichen Demonstrationen. So, mit kreativen Aktionen und im persönlichen Gespräch, erreichen wir die Menschen auf der Straße auch viel besser. Das nächste Mal übrigens wiederholten wir die Aktion gleich mit 86 Soldaten, die sich alle selbst umbrachten.

Jhony: In Ecuador ließ die Regierung während des Generalstreiks im Februar 1997 verkünden, daß sie alle Menschen mit Steinen in der Hand als Terroristen betrachteten und dementsprechend gegen sie vorgehen würde. Viele Menschen setzten sich Helme zum Schutz vor den Polizeiknüppeln auf, und die Regierung beschuldigte sie, sich auf gewaltsame Zusammenstöße vorzubereiten, und verhaftete sie als TerroristInnen.

Wir, die AntimilitaristInnen, gingen daraufhin mit Helmen aus schwarzem Karton, aber sonst völlig nackt auf die Straße, und auf ein Transparent schrieben wir: Wir sind keine TerroristInnen! Die Leute sahen uns und lachten, und so erreicht man sie.

Ein anderes Mal, nachdem Präsident Bucarám vom Volk gestürzt worden war, gingen wir als Priester verkleidet zu seinem Amtsgebäude, mit Blumenkränzen und Weihrauch. In schwarze Gewänder gehüllt umringten wir den Präsidentenpalast, um so den bösen Geist von dort zu vertreiben. Lustigerweise kamen da viele ältere Menschen zu uns, die uns für echte Priester hielten und uns baten, ihnen die Absolution zu erteilen und ihre Körper ebenfalls zu reinigen.

Ich glaube, daß solche direkten, gewaltfreien Aktionen sehr viel bringen und daß dieser Einfallsreichtum sehr kraftvoll ist.

Eure Exorzismusaktion sollte ja auch zeigen, daß sich das System nicht ändert, nur weil sich der Name des Präsidenten ändert wie in Ecuador, als Präsident Bucarám durch tagelange Massenproteste gestürzt und von Alarcón abgelöst wurde. Wie kam es zu diesem Aufstand der Marginalisierten?

Johnny: Präsident Bucarám verstand sich selbst immer als leutseliger Mensch, der gerne tanzt und Scherze macht, doch in Wirklichkeit vertrat er eine aggressive neoliberale Wirtschaftspolitik, die die Lebensgrundlage der armen Leute weiter zerstörte. Es kam zu einem gewaltigen Unmut unter den Leuten und zu einer Mobilisierung, wie man sie nur selten sieht, und am 5. Februar 1998 gingen über 80% der gesamten ecuadorianischen Bevölkerung auf die Straße.

Die Indianerinnenbewegung blockierte die Verbindungsstraßen am Land, und die sozialen Bewegungen in

den Städten legten dort den Verkehr lahm, aber das Interessante ist, daß sie das nicht mit Steinen oder sonst etwas taten, sondern nur mit ihren Körpern, und da sie so viele waren, reichte das völlig aus. Das war unglaublich, ich hatte noch nie zuvor etwas ähnliches gesehen.

Der soziale Druck hatte die sozialen Bewegungen zu einer bestimmenden Größe in der politischen Landschaft gemacht, und es gab so etwas wie ein Gefühl der Gemeinsamkeit, der gemeinsamen Solidarität gegen die repressive Regierung. Wichtig ist, daß wir gesehen haben, daß es möglich ist, uns zusammenzutun und gemeinsam etwas zu verändern, wenn wir es schlecht finden.

Die Antwort der Regierung – denn weder die Regierung noch die Wirtschaft mögen eine Situation, die für sie nicht mehr kontrollierbar ist – war die totale Kontrolle der Kommunikation und ein Generaleinsatz der Armee, sodaß es an allen Ecken von Soldaten nur so wimmelte. Gleichzeitig beschuldigten sie alle verhafteten Personen des Terrorismus, und in dieser Situation gingen wir dann nackt auf die Straße, um die Lächerlichkeit dieses Vorwurfs aufzuzeigen, denn so trifft man das System.

Die Antimilitaristinnen sind über den ganzen lateinamerikanischen Raum gut vernetzt. Euer letztes Treffen war im vorigen Jahr in Quito, der Hauptstadt von Ecuador. Was sind die Ziele dieser Vernetzung?

Orlando: Das lateinamerikanische Netzwerk für KDV wurde 1994 in Paraguay gegründet, da uns klar ist, daß wir der zunehmenden Militarisierung nur in gemeinsamen Aktionen begegnen kön-

nen. Als erstes haben wir damit begonnen, eine generelle Übersicht über die Menschenrechtssituation, den Stand der antimilitaristischen Arbeit in den verschiedenen Ländern und eine umfassende Untersuchung des Casa de las Americas, dieses Ausbildungslagers des CIA, von dem ich erzählt habe, zu erstellen. So wollen wir uns einen Überblick verschaffen, eine theoretische Grundlage für unsere Aktionen. Konkret drückt sich unsere Vernetzung zum Beispiel dort aus, wo wir Menschenrechtsverletzungen aufdecken und die Verantwortlichen mit Protestbriefen aus den verschiedenen Ländern konfrontieren. Da hilft uns auch das Internet, wo wir eine eigene Homepage haben.

Am zweiten lateinamerikanischen Treffen in Kolumbien haben wir uns vor allem mit der künftigen Entwicklung des Militarismus in Lateinamerika und unserer Rolle als Verweigerer beschäftigt und gesehen, daß eine genaue Analyse ohne die Betrachtung der internationalen Zusammenhänge nicht möglich ist.

Eine immer engere Zusammenarbeit gibt es auch mit den Gruppen in Europa, doch an Kontakten zu den anderen Kontinenten Afrika, Asien und Australien fehlt es leider noch. Zumindest innerhalb Lateinamerikas gibt es diese Vernetzung aber bereits und zeigt schon viele Möglichkeiten einer konstruktiven Zusammenarbeit auf, und ich hoffe, daß durch unseren Besuch auch mit den Menschen, die sich hier in Europa und in Österreich engagieren, unsere erfolgreiche Zusammenarbeit weiter verstärkt wird.

Und daß es notwendig ist, dem Militarismus auch in

Österreich viel aktiver entgegenzutreten, hat euer Militäraufmarsch am Nationalfeiertag gezeigt, auch notwendig für uns, denn was in den Ländern Europas geschieht, hat große Auswirkungen auf uns in den ärmeren Ländern, und diese Entwicklung macht mir angst. Da muß etwas dagegen getan werden, da müssen wir uns gemeinsam wehren gegen den Schaden an der Menschlichkeit, den das Militär Tag für Tag anrichtet.

Jhonny und Orlando hatten die Situation in Europa ja bereits ein wenig kennengelernt. Wir fragten sie nach einer Botschaft an die Menschen in Europa.

Orlando: So weit ich das bis jetzt beurteilen kann, liegt die antimilitaristische Bewegung in Europa leider ziemlich am Boden, mit Ausnahme von Spanien vielleicht. Da ist es wichtig zu begreifen, daß das Problem Militarismus nicht mit der Wehrpflicht aufhört und daß die Einführung des Zivildienstes lediglich die weitere Verankerung des Militarismus in der Gesellschaft darstellt.

Unser Kampf muß immer ein klares Ziel haben, und der Militarismus in Europa hat große Bedeutung für den Militarismus in Lateinamerika. Wenn die Probleme in Lateinamerika gelöst werden sollen, dann müssen sie auch in Europa gelöst werden. Das sind keine Probleme, die wir für uns alleine haben, sondern Probleme, die uns alle betreffen, und die wir gemeinsam lösen müssen. Wir wünschen uns, daß auch hier wieder eine breitere, eine stärkere Bewegung entsteht, die die Gefahr des Militarismus erkennt und nicht aufhört, sich dem entgegenzustellen.

Jhonny: Mir kommt vor, daß die Bedingungen für antimilitaristische Arbeit in Europa ziemlich schwierig sind, denn die Menschen hier sind ungeheuer apathisch und vereinzelt, und da ist nicht nur antimilitaristische Arbeit, sondern politisches Engagement überhaupt sehr schwierig.

Die Jugendlichen denken an Konsum, sie denken an sich selbst, da ist es schwer, sie zu erreichen, da braucht es viel Kraft und Ausdauer auch in Europa.

Aber wir halten noch etwas für sehr wichtig, und das ist, sich einer Sache mit Zärtlichkeit, mit Liebe zu widmen. In Europa muß unbedingt Hoffnung gesät werden, die Menschheit muß menschlicher werden, und das geht nur mit Zärtlichkeit und mit Liebe, mit Verständnis und Mut.

Das ist eine große Aufgabe, aber wenn ihr uns braucht: Wir sind bereit, euch die Hand zu reichen, so wie auch wir euch bitten, uns zu helfen, ein Zeichen grenzüberschreitender Solidarität zu setzen und Zärtlichkeit in die Herzen zu säen, die oft so versteinert sind.

Wir möchten dieses Gespräch mit einem Dank an das Leben beenden, mit einem Gedicht, das Vinicio Jiménez gewidmet ist, der kurz nach dem binationalen Versöhnungstreffen bei einem Unfall ums Leben kam. Vinicio war ein Kämpfer im Zeichen des Antimilitarismus, ein Kämpfer im Zeichen des Lebens, der bei seinem Besuch in Europa im letzten Jahr auch hier Hoffnung gesät hat.



Foto: Draško Gagović, Vreme

Vinicio ist tot

Der Strudel eines Flusses hat ihn uns entrissen und er ging, mit seinen langen Haaren, den Frieden zu suchen in irgend einem entmilitarisierten Land.

Jetzt verfügt er über unerschöpfliche Zeit. Er wird wohl gerade mit dem Wind spielen und mörderische Gewehre entwaffnen.

Vielleicht wandelt sich sein Körper in eine Galaxie für die den Rock und das Leben Liebenden.

Wir, unterdessen, werden uns weiter verweigern den Boten des Krieges, die uns zwingen wollen, in ihren grünen Uniformen zu dienen.

Der ganz normale Wahnsinn des Medien- und Politspektakels – aufgelesen und kommentiert

VON JAN DONNER

Verdienstvolle Kronen-Zeitung!

Schön, daß Du eine Rubrik hast, die sich „Das freie Wort“ nennt. Was wir dort unter der erlauchten Überschrift „Mangelhaftes Benehmen“ lesen, finden wir freilich schon weit weniger lustig. Was lesen wir da? „Zum ‚gewagten Vergleich‘ von Dr. K. bleibt nur folgendes zu sagen: Wenn ‚der Hund‘ ins Tierheim muß, dann selten, weil er gegen Gesetze verstoßen hat, sondern weil er einem Menschen lästig wurde. Der Hund kann also nichts dafür. Wenn sich allerdings ein Mensch in einem Gastland ‚daneben benimmt‘ ist es sein eigenes Verdienst! Außerdem, sehr geehrter Herr Dr. med. K. möchte ich gerade Sie erleben, wenn Sie in einem Flugzeug in Reichweite eines solchen Passagiers sitzen. Ich weiß nach vielen Jahren Tätigkeit für diverse Airlines genau, wovon ich spreche. Üblicherweise wird auch niemand grundlos abgeschoben. Als Mensch hat man übrigens auch noch die Möglichkeit, sich entsprechend gesetzeskonform zu benehmen, dann bleiben einem solche Erfahrungen erspart!

Da auch Sie, s. g. Herr Dr. med. K., sich offenbar zu den momentan aktuellen Gutmenschen zählen, noch eine Frage: Haben Sie schon einen Asylanten bei sich zu

Hause aufgenommen – mit allen damit verbundenen Verantwortungen und Kosten? H. M., Wien“

So ist das: Ein Hund hat's in Österreich besser als ein Asylant. Und genauso wie der Hund hat auch der Asylant die Möglichkeit, sich zu benehmen. Benimmt er sich daneben, wird er bei der Abschiebung umgebracht. Akkurat so wie der tollwütige Hund.

So ein Hund hat's freilich besser!

Asylanten werden nämlich abgeschoben, ob sie sich „benehmen“ oder nicht. In diesem Österreich. Das muß ausländerrein bleiben – und wo gehobelt wird, da fallen die Späne. Unlängst ist ein Mensch dabei gestorben. Marcus O. hat sich zwar eigentlich immer „benommen“, bloß war er schwarz.

Und Schwarze sind Drogendealer. Das weiß die verdienstvolle „Kronen Zeitung“ – und deswegen stimmt es auch.

FPÖ (I)



Du scheinst auch sonst so manches zu wissen ... So zum Beispiel, daß eine Razzia gegen 1000 Nigerianer bevorsteht ... Schließlich liest auch unser Innenminister die verdienstvolle „Kronen Zeitung“ – weiß, daß das Böse nicht

bloß immer und überall, sondern vor allem schwarz und nicht weiß ist. Weil der Innenminister einer ist, der etwas weiß, wissen es seine Spitzenbeamten auch. Daß eine Razzia bevorsteht. Und weil die alle es wissen, hat die FPÖ einen hellen Moment. Schaltet um ein Heidengeld Inserate: „Handeln Sie endlich, Herr Schlögl“. Und kann einen Innenminister vorführen, der gehandelt hat. So hätte sie wohl gern die EU-Wahlen gewonnen.

Intermezzo (I)

Strafmaß für Geheimnisverrat in Deutschland:

Innenminister läßt die Polizeipräsidenten hängen

Aus dem „Wiesbadener Kurier“

FPÖ (II)

Die EU-Wahlen habt Ihr dann doch verloren, aber gute Verlierer seid ihr nicht. Oder als was sonst, denn als veritable Drohung, sollen wir die Ansage eures Generalsekretärs Peter Westenthaler – vulgo Hojac – auffassen, von wegen „Morgen beginnt die Wählerrückholaktion der Freiheitlichen“? Mal ehrlich: „Wählerrückholaktion“ buchstabiert sich fast wie „Arbeitslager“, „Kraft durch Freude“. Oder: „Aussiedelung nach dem Osten“.

Intermezzo (II)

Gefunden wurde bei der nämlichen famosen Razzia übrigens nicht wirklich etwas. Dafür hat sich auch die Polizei bei einem WEISSEN, den sie in einem Flüchtlingsheim während der Durchsuchungen verprügelt hat, weil sie ihn IRRTÜMLICH für einen

SCHWARZEN gehalten hat, entschuldigt. Der Menschenrechtsaktivist XXXX, ein SCHWARZER, ist dafür seit XXXX in Untersuchungshaft. Als angeblicher Pate aus Nigeria. Was er getan hat? Demonstrationen für den ermordeten Schubhäftling Marcus O. organisiert. Was er getan haben soll? Geld für Leute nach Nigeria überwiesen, die kein Konto haben. Und ihnen gesagt, sie sollen, statt arbeiten zu gehen, für ihren ermordeten Landsmann demonstrieren. Weil in der Vorstellungswelt eines österreichischen Polizisten, der die verdienstvolle „Kro-

nen Zeitung“ liest, „Arbeiten“ bei einem SCHWARZEN nur „Drogen-dealen“ heißen kann, ist XXXX der Boß aller Drogendealer. So funktioniert ein Kom-

plott, mit dem sich beweisen läßt, daß alle Neger eh Verbrecher sind, weshalb ruhig wieder einer bei der Abschiebung ersticken kann.

Schluß (I)

Das alles ist zum Kotzen, aber dafür haben wir Lauschangriff und Rasterfahndung.

Schluß (II)



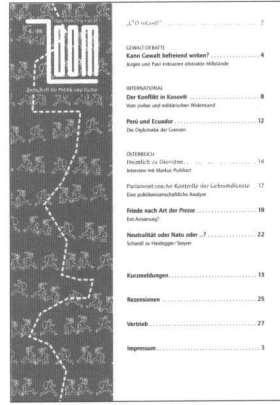
Anderswo ist es auch nicht besser: „Rechtsruck in Deutschland“, 68% Prozent für die CSU bei der Europawahl in Bayern.



ZOOM 2/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 3/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 4/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



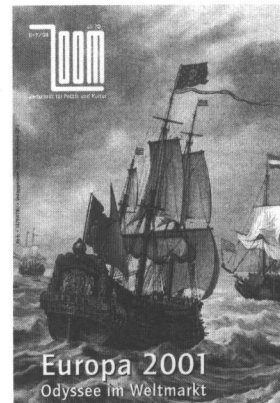
ZOOM 5/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



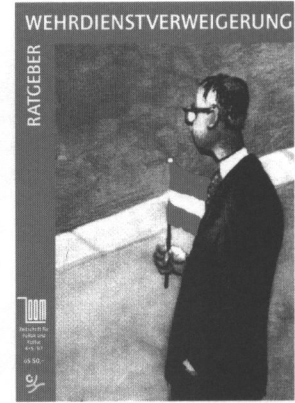
ZOOM 1/99
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 2/99
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 6+7/98
70,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 4+5/97
50,- ATS
zzgl. Versandkosten

Einzelheft-Bestellungen bitte schriftlich (faxlich) an: Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Bestellschein

ZOOM-Einzelhefte (siehe oben)

____ Stück ZOOM0000 ZOOM Ausgabe _____
____ Stück ZOOM0000 ZOOM Ausgabe _____

ARGE Wehrdienstverweigerung

____ Stück TSHIRTASYL XL T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL
____ Stück TSHIRTASYL XXL T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XXL
____ Stück TSHIRTOTAL S Langarm-T-Shirt „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerin“, S
____ Stück TSHIRTOTAL L Langarm-T-Shirt „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerin“, L
____ Stück TSHIRTOTAL XL Langarm-T-Shirt „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerin“, XL
____ Pkg. PRÄSERL Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück
____ Stück FEUERZEUG Feuerzeug „Zerbrochenes Gewehr“
____ Stück PLAKATTOTAL Plakat „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerer“

Kein Mensch ist illegal (siehe umseitiges Angebot)

____ Stück ILLEGALKL T-Shirt „Kein Mensch ist illegal“, schwarz, Aufdruck klein, Größe ☐ M ☐ L ☐ XL
____ Stück ILLEGALGR T-Shirt „Kein Mensch ist illegal“, schwarz, Aufdruck groß, Größe ☐ L ☐ XL
____ Stück ILLEGALBLAU T-Shirt „Kein Mensch ist illegal“, blau, Aufdruck klein, Größe XL
____ Stück ILLEGALBLAU T-Shirt „Kein Mensch ist illegal“, blau, Aufdruck groß, Größe XL



T-Shirts

Kein Mensch ist illegal

Schwarz:

Größen M, L, XL

Aufdruck: Logo „Kein Mensch ist illegal“,

hinten groß oder vorne klein 120,- ATS

Dunkelblau:

Größe XL

Aufdruck: Logo „Kein Mensch ist illegal“,

vorne klein 120,- ATS

Bestellschein umseitig!

Das Abo-Geschenk

NeuabonnentInnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der beiden nachstehenden Bücher. Rasch bestellen und Geschenkwunsch ankreuzen!



Ernst Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg** Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung



Wolfgang Purtscheller (Hg.): **Die Rechte in Bewegung** Seilschaften und Vernetzungen der „Neuen Rechten“

Die Abo-Bedingungen

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (siehe Angebot auf dieser Seite). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Das Probeabo: Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen.

Preise:

Österreich: 250,- ATS
Ausland: 350,- ATS
Übersee: 450,- ATS
Förderabo: 700,- ATS

Die Abo-Bestellung

Ich bestelle hiemit ein

☐ Abonnement

Als Abo-Geschenk wähle ich folgendes Buch:

☐ Purtscheller: Die Rechte in Bewegung

☐ Lohoff: Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg

☐ Förderabonnement

☐ Probeabonnement

der Zeitschrift **Context XXI** ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

Datum

Unterschrift

AbsenderIn:

6,50 ATS
(innerhalb
Österreichs)

An das
Bureau No. 2
Context XXI-Vertrieb

Schottengasse 3a/1/4/59
A-1010 Wien